

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie

53. Sitzung
30. April 2015

Beginn: 13.03 Uhr
Schluss: 15.59 Uhr
Vorsitz: Renate Harant (SPD)

Punkt 1 der Tagesordnung

- a) **Aktuelle Viertelstunde**
- b) **Bericht der Senatorin aus der Kultusminister-konferenz bzw. der Jugendministerkonferenz**

Siehe Inhaltsprotokoll.

Vorsitzende Renate Harant: Wir kommen zu

Punkt 2 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0201](#)
BildJugFam
Umsetzungsstand des Landeskonzepes für Berufs- und Studienorientierung
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)
- b) Vorlage – zur Kenntnisnahme – [0317](#)
BildJugFam
Landeskonzep Berufts- und Studienorientierung
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

- c) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0260](#)
BildJugFam
**Ausbau und Stärkung der Berufsorientierung und
-bildung an Integrierten Sekundarschulen**
(auf Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU)

Hierzu: Anhörung

Wir haben die Anzuhörenden vorhin schon kennengelernt und begrüßt. Gibt es den Wunsch, zu begründen? Ich frage die Grünen, die SPD und die CDU. – Das ist nicht der Fall. Dann können wir gleich in die Anhörung eintreten. Natürlich erstellen wir ein Wortprotokoll – oder hat jemand etwas dagegen? – Nein. – Ich bitte Sie jetzt um Ihre Stellungnahmen und darum, sie im Rahmen von etwa fünf Minuten zu halten, damit wir noch die Möglichkeit der Nachfrage haben. – Wir beginnen mit Herrn Prof. Steffens – bitte schön!

Prof. Heiko Steffens (TU Berlin): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Meine Damen und Herren! Ich möchte kurz zum Landeskonzept Stellung nehmen und nach einem ersten Eindruck vorausschicken: Dieses Landeskonzept Berufs- und Studienorientierung ist ein institutionenpolitisches Meisterwerk. Es berücksichtigt und nennt fast alle wichtigen Aspekte und Herausforderungen an der Übergangsstelle von Schule und Beruf. Berufs- und Studienorientierung sind nach diesem Konzept polyzentrisch auf verschiedene gesellschaftliche Akteure verteilt, die ihre zivilgesellschaftliche Verantwortung damit wahrnehmen. Danach treten neben dem Staat und der Arbeitsagentur auch Unternehmen, Kammern, Verbände und Einzelpersonen wie Lehrer natürlich als Akteure in diese Aufgabe ein. – Das war die gute Nachricht.

Neben vielen Stärken hat das Landeskonzept zumindest eine gravierende Schwäche, die sich aus der Diskrepanz zwischen den sehr hohen Anforderungen an die Lehrkräfte auf der einen Seite und der Realität der Lehre an den Schulen auf der anderen Seite ergibt. – Ich habe einige der Kompetenzen zusammengestellt, um mir selbst Gewissheit darüber zu verschaffen. Das erspare ich mir im Augenblick; das kennen Sie aus dem Landeskonzept. – Ich gehe gleich auf den Punkt ein, der uns aus der Sicht der Technischen Universität und da des Studiengangs Wirtschaft, Arbeit, Technik besonders am Herzen liegt: Im Grund geht das Konzept stillschweigend davon aus, dass genügend Lehrkräfte an den Schulen über die notwendige pädagogische Motivation einerseits und Kompetenz andererseits verfügen und nur darauf warten, dass das nach dem Landeskonzept endlich mal zum Nutzen von BO abgerufen wird. Wie eine Studie aus dem Jahr 2013 zeigt, lehnt in der Schulrealität – nicht nur in Berlin – eine große Zahl nicht hinreichend qualifizierter Lehrer, auch Klassenlehrer, die Berufsorientierung als fachfremde Aufgabe und den damit verbundenen Mehraufwand als unzumutbar ab.

Mit dem Studienfach Wirtschaft, Arbeit, Technik an der TU haben wir die vergleichsweise günstige Situation, angehenden WAT-Lehrkräften die wichtigsten Basiskompetenzen für die Berufsorientierung vermitteln zu können. Im Rahmen unserer Kapazitäten – und das sind nicht die besten – erbringen wir wichtige Vorleistungen für das Funktionieren auch des Netzwerks, das im Landeskonzept beschrieben ist. – Das tun wir nicht erst seit Kurzem, sondern bereits mindestens seit 40 Jahren. Vor 40 Jahren gab es das erste Projekt, gemeinsam mit der Arbeitsagentur. Damals war es noch der Aufbau der Berufsinformationszentren, die uns besonders beschäftigt haben. Da ging es vor allem um die Erstellung von Unterrichtsmaterialien.

Für das Schul- und Studienfach Arbeitslehre, erst kürzlich in WAT umbenannt, war die Berufswahlvorbereitung – so hieß das ursprünglich einmal – immer schon eine pädagogische Kernaufgabe, wenn auch eine auf die Integrierte Sekundarschule bzw. ihre Vorläufer, die Hauptschule, teilweise auch die Realschule, bezogene. Es gibt kein anderes Fach in der Schule, für das, wie bei uns, Lehrkräfte mit professionellen Kompetenzen für die Berufsorientierung ausgebildet werden. Wie der Name des Trägerfachs bereits beweist, ist die Berufsorientierung auch eine pädagogische Nebenfunktion von technischer und ökonomischer Bildung – das Fach heißt „Wirtschaft, Arbeit, Technik“, und diese Begriffe implizieren natürlich auch eine Verbindung zum ökonomischen und wirtschaftlichen Lernen einerseits und zur technischen Bildung andererseits. Dass davon irgendwie positive Ergebnisse für die Berufsorientierung niederschlagen, ergibt sich eigentlich von selbst. – WAT ist übrigens das einzige noch an der TU verbliebene Studienfach der Lehrerausbildung. Die anderen sind vor fünf Jahren abgewickelt worden; wir sind noch übrig. Die Kapazitäten, die uns zur Verfügung stehen, sind allerdings alles andere als optimal: Eine Dreiviertelstelle und zwei oder drei Lehraufträge müssen die anspruchsvolle Aufgabe bewältigen. Wir wollen und werden auch mehr tun, um der Berufsorientierung im Portfolio der professionellen Kompetenzen einen Spitzenplatz zu sichern – das ist unsere feste Absicht.

Das Landeskonzept gibt sich zwar haushaltsneutral und verzichtet auch auf eine Folgekostenabschätzung für den Betrieb dieses Konzepts. Trotzdem müssen wir darauf hinweisen, dass ohne eine ausdrückliche bildungspolitische Unterstützung der Ausbildung der WAT-Lehrkräfte, ohne Sicherung und Ausbau institutioneller Kapazitäten – es sei mir gestattet, das englische Wort „capacity building“ in Klammern dahinter zu setzen – die Vermittlung von berufsorientierungsrelevanten Kompetenzen an die Lehrkräfte von morgen ziemlich illusionär ist. Das ist eine schwierige Aufgabe, wie wir alle aus dem Landeskonzept wissen. Wir bitten den Ausschuss, in das Landeskonzept noch einen Passus einzuarbeiten, der die bildungspolitische Notwendigkeit einer institutionellen Verankerung und kapazitärer Verstärkung der Berufs- und Studienorientierung in der universitären Lehrkräfteausbildung für das Trägerfach WAT hervorhebt! Die bildungspolitische Unterstützung ist für uns für die Haushaltsverhandlungen innerhalb der TU und darüber hinaus sehr wichtig. Wir brauchen da Ihre Unterstützung ganz dringend, weil sonst angesichts technischer und ökonomischer Themen und ihrer Ausweitung droht, dass der pädagogische Teil Berufsorientierung ein bisschen in Verzug gerät – um es einmal ganz vorsichtig auszudrücken. – Wir sind gern bereit, an diesem Punkt mit Ihnen zusammenzuarbeiten. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

Vorsitzende Renate Harant: Danke schön, Prof. Steffens! – Jetzt hat Herr Wellenreuther die Gelegenheit. – Bitte schön!

Paul Wellenreuther (GEW Berlin): Vielen Dank! – Ich bin heute als Vertreter der GEW hier, muss aber dazusagen, dass ich im Beruf an einer Sekundarschule arbeite, die als einzige ohne gymnasiale Oberstufe bereits das Qualitätssiegel für exzellente berufliche Orientierung bekommen hat. An dieser Schule bin ich für WAT und duales Lernen zuständig. Bei den Ausführungen werde ich also immer auch auf die Praxis eingehen, wie sie sich bei mir an der Schule darstellt. – Grundsätzlich begrüßt die GEW die Bemühungen der Senatsverwaltung, mit dem Landeskonzept die vielen Akteure, die im Bereich der beruflichen Orientierung tätig sind, zusammenzuführen, die meist bereits vorhandenen Angebote abzubilden und zu ordnen und somit die allgemeinbildenden Schulen in die Lage zu versetzen, den Schülern und den Eltern eine berufliche Orientierung zu bieten und sie auf Berufs- und Studienentscheidungen

vorzubereiten. Im Papier steht dazu: Jede Schülerin soll die allgemeine Schule mit einer konkreten Abschlussperspektive verlassen. – Der Schwerpunkt für uns ist „jede Schülerin“, und da fängt schon die Unterscheidung an: Jede Schülerin der Sekundarschulen hat ein verpflichtendes Angebot, die Schüler und Schülerinnen der Gymnasien haben ein empfohlenes Angebot. Das heißt: Die Umsetzung, wie sie im Landeskonzept dargestellt ist, setzt den Schwerpunkt nach wie vor auf die Sekundarschulen und nicht auf den Gymnasialbereich – und das, obwohl sich ganz klar zeigt, dass viele Schüler nach dem Gymnasium ihr Studium abbrechen und nach der Schule oft nicht wissen, wie sie sich orientieren sollen. Sie brauchen ein Jahr Pause, um Orientierung zu finden, und das ist aus der Sicht der GEW nicht akzeptabel. Die Berufsorientierung muss also auch an Gymnasien verpflichtend sein, genauso verpflichtend wie an der Sekundarschule, aber natürlich individuell auf die Anforderungen der Gymnasien angepasst; das kann man nicht 1:1 umsetzen.

Inhaltlich werden im Konzept hauptsächlich Verpflichtungen für die Schule formuliert: Die Schule muss, die Schule soll, Qualität, sie muss für alles sorgen. – Die außerschulischen Partner werden weitestgehend außen vor gelassen. Sie haben sich bei der Erarbeitung eingebracht, haben aber keine Verpflichtung zur Mitarbeit. Es gab einen Punkt unter der Position 4.2.4, da hieß es: Die außerschulischen Partner planen gemeinsam mit den BSO-Teams die Eingliederung ihrer Angebote in das Gesamtkonzept der Schulen. – Dieser Passus wurde in der neuen Fassung ersatzlos gestrichen. Das ist für uns unverständlich, weil das im Umkehrschluss bedeutet, dass die Schulen die Angebote so annehmen müssen, wie sie von den außerschulischen Partnern zur Verfügung gestellt werden. Das ist nicht immer das, was Schulen brauchen, und auch nicht immer im Interesse der Schülerinnen und Schüler oder der Eltern mit ihren Ansprüchen. Beispielhaft sei hier das Konzept der Initiative Inklusion, das auch im Papier erwähnt wird und die deutschlandweit durch die Arbeitsagentur gestartet wurde, genannt: Meine Schule hat an diesem Konzept mitgearbeitet und muss nach einem Durchlauf feststellen, dass es letztendlich für den einzelnen Schüler keine Veränderung gebracht hat. Die Zusammenarbeit der Partner ist eher eingeschränkt. So haben wir zum Beispiel 50 bis 60 Integrationsschüler, die bei uns in der Schule unterrichtet werden, und im beruflichen Übergang können wir zum Beispiel nicht darauf zurückgreifen, dass wir einen Ansprechpartner bei den Reha-Beratungen haben, sondern die Schüler werden ausgehend vom Anfangsbuchstaben des Namens beraten. Es sind bis zu zehn Reha-Berater – ich habe die Zahl jetzt nicht genau im Kopf –, die für unsere Schüler zuständig sind. Wir haben viele Gespräche geführt und in der Agentur nachgefragt: Ist es nicht möglich, das zu machen, was an den Förderzentren üblich ist? – Dort gibt es eine Person für alle Schüler, und ein Austausch kann auch positive Erfolge zeigen und geht zugunsten der Schüler und der Berufsorientierung. Hier müssen wir ständig unterschiedliche Ansprechpartner ansprechen und die Situation in der Schule darstellen. – Das ist die eine Sache.

Die andere Sache ist, dass auch der Integrationsfachdienst für so viele Schüler im Rahmen der Initiative Inklusion zuständig ist, dass diese Kollegen das gar nicht leisten können. Sie können dann auch nicht das angeführte Konzept zur Kompetenzfeststellung umsetzen. Das heißt: Beispielhaft werden wieder die Lehrer beschäftigt, um die Schüler zu beurteilen. Die Eltern sollen ihre Kinder beurteilen, und die Schüler beurteilen sich selbst. Am Ende sitzt man in einer Sitzung und macht das, was man schon immer gemacht hat: den beruflichen Übergang in die weiterführende berufliche Schule. – Das kann es nicht sein und soll beispielhaft dafür stehen, dass wir uns etwas anderes vorstellen. Es ist wichtig, dass wir auch die außerschulischen Kooperationspartner mit in den Verbund bekommen und auch dort Verpflichtungen übernom-

men werden, zum Beispiel, was Ausbildungsplätze anbelangt, sodass nicht bei allen Lippenbekenntnissen letztendlich die Ausbildungsplatzzahl sinkt.

Aus Sicht der GEW ist das Landeskonzept natürlich zu begrüßen. Wir wollen diesen Prozess gemeinsam unterstützen. Aber jetzt wäre die Zeit gekommen, dass die Praktiker zu Wort kommen, die Menschen, die dieses Konzept vor Ort in Schulen, in Betrieben, bei den Trägern umsetzen sollen und Visionen haben, aber auch skeptisch sind, sodass man – wie wir das beim Konzept zur inklusiven Schule erfahren haben, dass ja auch zum Beispiel in Expertenforen umgesetzt wird – gemeinsame Wege und den Austausch darüber hat, was zu unterstützen ist und was nicht geht. Ganz wichtig ist auch, was Prof. Steffens gesagt hat: Ohne zusätzliche Mittel ist das an den Schulen nicht zu realisieren.

Ich nenne noch die Stichpunkte, die bei solchen Austauschforen benannt werden müssten: Bei der Einrichtung der BSO-Teams gibt es keine Räume an den Schulen. Für die Lehrer ist zwar der Anforderungskatalog erstellt, aber es gibt keinerlei Aussage darüber, wie viel Zeit die Kollegen dafür erhalten. Die haben Angst; die sagen: Das können wir ja gar nicht! Unsere Ausbildung, das Fach WAT, duales Lernen – es gibt zwar das Leitfach, aber es findet im neuen Rahmenplan keinen Niederschlag. – Die Einbeziehung der Eltern in den Prozess ist ein hochkomplizierter Prozess, und man kann sagen, dass das, was jetzt in den Konzepten vorgesehen ist, nicht die schulische Realität abbildet. Das ist nicht ausreichend; da müssen gemeinsame Wege beschritten werden und ein Austausch stattfinden. – Ich höre hier jetzt einfach auf. Ich hätte noch viel mehr sagen können.

Vorsitzende Renate Harant: Danke! Es gibt sicher noch eine ganze Reihe von Fragen, und da können Sie noch manches einflechten. – Dann bitte ich als Nächsten Herrn Kohlmeier!

Klaus Kohlmeier (BQN Berlin): Vielen Dank! – Das ist in der Tat aus bildungspolitischen, arbeitsmarktpolitischen, ausbildungspolitischen und integrationspolitischen Fragestellungen ein komplexes Thema, und man muss sich da fokussieren. Ich werde mich in meinem kurzen Beitrag ausschließlich auf die Integrierten Sekundarschulen konzentrieren, weil das die Schulen sind, die nach der Schule am ehesten auf Ausbildung ausgerichtet sind. – Ich habe mir das vor dem Hintergrund, wie man es eigentlich hinkriegt, dass die Schüler nach der zehnten Klasse der Integrierten Sekundarschule fit sind, um zu entscheiden, was sie danach machen und ob sie in eine Ausbildung gehen, genau durchgeguckt: Von den Rahmenbedingungen her war ich erst einmal positiv überrascht, und dieses Landeskonzept hat mir eine Vision gegeben, wie gute Berufs- und Studienorientierung aussehen kann. Genauso etwas brauchen wir in Berlin, damit sich die Expertinnen und Experten auf diesem Feld orientieren können und ein Bild bekommen, wofür wir alle an einem Strang ziehen.

Der zweite Punkt ist: Es kommt durch, dass dieses Konzept den gesamten Sachverstand, der in Berlin vorhanden ist, beinhaltet. Drittens kommt noch ein Punkt vor, der absolut wichtig ist, nämlich der Ausdruck eines Klimas von Kooperation, das im Moment in der Stadt in diesem Punkt herrscht. Wenn ich das richtig einschätze, dann gibt es hier eine ganz hohe Bereitschaft, zu kooperieren und einen Durchbruch zu schaffen. Meine erste Beurteilung ist ganz klar: Das ist ein Instrument, mit dem man, wenn man es ausoperationalisiert, in der Berufsorientierung vorankommen kann. Ein paar Stichpunkte: Das ist ein Instrument, das den Schulen in der Übergangssituation eine Systematik an die Hand gibt. Es ist erforderlich, dass Schüler Jahr für Jahr und Schritt für Schritt Kompetenz aufbauen, um am Ende, nach der 10. Klasse,

dazustehen und Kompetenz zu haben und kompetent zu entscheiden. Es ist in der Tat eine Herausforderung, damit Ausbildungs- und Studienabbrüche verringert werden, dass die Jugendlichen sich schon während der Schulzeit ganz klar und nah an den Arbeitsmarkt bewegen und entscheiden, und zwar im Arbeitsmarkt.

Das ist auch eine Aufwertung des Lernorts Betrieb für die Allgemeinbildung, und das ist, finde ich, ein Durchbruch. Man kann Kompetenzen in der Berufsorientierung nur in der Welt der Arbeit erwerben. Man kann sich nur für einen Beruf entscheiden, wenn man sich selbst unter Ernstbedingungen im Betrieb erprobt hat, und dieses Konzept hat den Lernort Betrieb im Fokus. Ohne betriebliche Realität kann ich überhaupt keine Entscheidung fällen, oder es kann nur eine Fehlentscheidung werden – es sei denn, ich habe Glück gehabt, und das ist nicht so häufig der Fall.

Der nächste Punkt ist, dass das Konzept sehr sauber nach Zielgruppen differenziert. Sie haben von Inklusion geredet, und das ist nachträglich systematisch hineingewoben worden. Es wird sehr klar nach Geschlechterrollen in der Berufsorientierung unterschieden, und es gibt einen Punkt, der mir – weil ich vom Integrationsbeauftragten beauftragt worden bin, Berufsorientierung nach integrationspolitischen Schwerpunkten zu gestalten – wichtig ist: Wir haben in Berlin – und das wissen Sie alle – eine ganz große Anzahl von Schulen, in denen die Schülerschaft folgende Kriterien hat: hoher Anteil von Schülern, die Lernmittelbefreiung haben, deren Familien also von Sozialhilfe leben, kombiniert mit Unterschichtskindern aus Familien mit Migrationshintergrund. Genau diese Schulen haben einen ganz geringen Anteil von Schülern, die nach der 10. Klasse in Ausbildung gehen. Das ist, finde ich, ein ganz zentrales Problem und eine Herausforderung für Berlin. Wir haben ja jetzt die Untersuchung zum Bezirk Mitte, die wahrscheinlich von allen zur Kenntnis genommen wurde. Dabei wurden alle Schüler der zehnten Klassen der integrierten Sekundarschulen befragt, was sie danach machen: Von 1 080 Schülern gehen 60 in eine duale Ausbildung und 33 in eine vollschulische Ausbildung; 25 bis 30 Prozent gehen Richtung Abitur, und bei 60 Prozent ist es unklar, ob sie etwa aufs Oberstufenzentrum gehen oder arbeitslos sind. – Das ist eine Situation, die man mit diesem BO-Konzept systematisch angehen kann.

Zur Umsetzung: Ich halte das Konzept nicht für ausreichend, was die Umsetzungsrahmenbedingungen angeht. Wenn man eine vernünftige Berufsorientierung machen will, braucht man so etwas wie eine qualifizierte Vierstufigkeit; das ist im Konzept auf Seite 19 und ein Herzstück des Konzepts: Schüler können wählen, in welchen Bereichen sie qualifizierte Praktika machen wollen. Auf die Qualität der Praktika kommt es an, damit sich Schüler auf den Arbeitsmarkt orientieren und in Betriebe und in Ausbildung gehen, und es kommt auf die Wahlmöglichkeiten an. Das Modell „Jeder sucht sich auf eigene Faust ein Praktikum“ ist nicht erfolgreich im Hinblick auf gelungene Übergänge in Ausbildung. Wir brauchen vielmehr eine Infrastruktur an jeder Schule, die – wie es hier drinsteht – Berufsfeldgruppen in einer bestimmten Vielfältigkeit vorhalten muss, damit Schüler tatsächlich Optionen kennenlernen und danach entscheiden können.

Mein Fazit ist: Ein tolles Konzept! Wir sollten sofort loslegen und es im Land Berlin umsetzen. Wir müssten dann allerdings auch für Rahmenbedingungen sorgen: An jeder Schule müsste es eine Person geben, die die Infrastruktur an der Schule professionell entwickelt und Betriebskontakte aufbaut. Dann müsste man regional dafür sorgen, dass die Schulen das nicht in Konkurrenz zueinander tun. Man bräuchte noch eine Steuerung. 128 Integrierte Sekundar-

schulen können nicht auf alle Betriebe losgehen und Praktika akquirieren – da muss es eine Steuerung geben. – Das wäre meine Anregung. Ich denke, es ist auch klar geworden, dass das ein Bereich ist, den die Schule allein nicht schaffen kann. Da werden Betriebe gebraucht, da wird die Wirtschaft gebraucht, und ich sehe da eine hohe Bereitschaft. Aber das muss organisiert werden. Auch die Betriebe brauchen Unterstützung und Beratung, um qualifizierte Praktika anzubieten.

Vorsitzende Renate Harant: Vielen Dank, Herr Kohlmeyer! – Als Letzter ist jetzt Herr Nowack dran. – Bitte!

Stefan Nowack (Arbeit und Bildung e. V.): Vielen Dank für die Einladung! Meine Stellungnahme orientiert sich an der Gliederung des Konzepts, und ich nehme zu einigen Punkten Stellung. Sie wissen es vielleicht: Ich leite das Projekt Kumulus, die Bildungsberatung für Jugendliche aus Einwandererfamilien. Wir sind an zwölf Integrierten Sekundarschulen unterwegs und ziemlich gut orientiert, was die Berufsorientierung betrifft. Ich bin seit 36 Jahren auch in der beruflichen Beratung tätig und kann mich noch gut an den Einstieg in die Berufsorientierung erinnern: Die Schulverwaltung hat das damals zusammen mit der Bundesagentur für Arbeit bearbeitet. Ich finde es gut, dass endlich einmal ein Landeskonzept zustande gekommen ist. Das ist im Abstimmungsprozess ein ziemlich großer Erfolg.

Ich setze gleich ein mit Punkt 2 und der Einleitung des Landeskonzepts: Da wird hervorgehoben, dass die Gymnasien ab 2016/17 ein eigenes Konzept oder Curriculum erarbeiten. – Das ist meines Erachtens zu spät. In der Sekundarstufe I der Gymnasien sollte das gleiche Angebot wie in den Integrierten Sekundarschulen vorgehalten werden. Hier ist eine Differenzierung nicht wünschenswert. Warum? – Weil eben ein nicht geringer Anteil von Jugendlichen auch in der Sekundarstufe I der Gymnasien die Schule nach dem mittleren Schulabschluss verlässt und zum Beispiel in ein berufsbildendes Gymnasium übergeht, also in die berufsbildenden Oberstufenzentren mit gymnasialer Oberstufe, und zwar einerseits wegen der beruflichen Orientierung und andererseits, weil sie dort drei und nicht zwei Jahre zum Abitur haben. Hier sollte in den Gymnasien im Verhältnis zu den anderen Schulen keine Differenzierung stattfinden, und auch das dreiwöchige Praktikum ist hier notwendig – das möchte ich hierzu anmerken.

Die Wahrscheinlichkeit, dass die Anzahl der Studienabbrecher durch eine gute, solide und von Anfang an angelegte berufliche Orientierung reduziert werden kann, ist groß. Sie kennen ja die Zahl der Studienabbrecher oder Studienplatzwechsler in den einzelnen Bereichen. – Das sollte besonders hervorgehoben werden.

Zu den Mindestangeboten der Berufs- und Studienorientierung, die in Punkt 3 und Punkt 5 des Landeskonzepts angesprochen werden: Hier ist festzustellen, dass die dargestellten Mindestangebote, die als Anregung zur Erarbeitung eines Schulkonzepts zur Berufs- und Studienorientierung dienen sollen, in „verbindlich“ und „optional“ differenziert sind. Wenn wir einmal bei den verbindlichen Formulierungen des Landeskonzepts bleiben, dann verändert sich nichts. Es ergibt sich hieraus also die Notwendigkeit, aus den Optionen mehr in die Verbindlichkeit zu übernehmen. Dann haben wir tatsächlich ein neues, inhaltlich gestütztes und curricular aufgebautes Konzept.

Die besondere Heraushebung der unterstützenden Angebote für Eltern und die besondere Würdigung der Bedarfe von Eltern mit Einwanderungsgeschichte unter Punkt 4.2.2 sind sehr zu begrüßen. – An dieser Stelle darf ich erwähnen, dass ich mich besonders freue, dass Sie die Formulierung des Projekts Kumulus berücksichtigt haben. Wir werden ja zum Teil aus der Integrations- und aus der Schulverwaltung finanziert.

Zum Punkt 4.2.5, den Kooperationsvereinbarungen mit Oberstufenzentren: Hier ist die Rolle der Oberstufenzentren zu schwach beschrieben. Ihnen kommt aufgrund ihrer Berufsfeldausrichtung gerade im Kontext der Berufsorientierung eine herausgehobene Rolle zu. Das muss noch verstärkt werden. Die unter diesem Punkt beschriebenen Kooperationsbeziehungen werden seit Jahren praktiziert und regeln ausschließlich Fragen des Übergangs in die gymnasiale Oberstufe. Fragen der Nutzung der Oberstufenzentren im Kontext der Berufsorientierung werden bisher leider nicht berührt. Weiterhin sollte für die allgemeinbildende Schule die Unterstützungsstruktur der OSZ im Kontext der Berufsorientierung, aber auch im Kontext der Jugendberufsagentur stärker hervorgehoben werden, um die allgemeinbildenden Schulen zu ermutigen und um stärker in ihr Bewusstsein zu überführen, dass wir überhaupt berufsbildende Oberstufenzentren haben. Das ist nach wie vor ein unterbelichteter Bereich in der Allgemeinbildung, und wenn man sich einmal den berufsbildenden Schulapparat ansieht, der dahintersteht, dann ist das völlig unverhältnismäßig.

Beim Landeskonzept handelt es sich um ein ausgesprochen ambitioniertes Programm. Aber Sie erinnern sich vielleicht an meine Stellungnahme zur Jugendberufsagentur, die ja auch im Landeskonzept als Korrespondenzeinrichtung stark hervorgehoben wird: Dieses Vorhaben wird nicht kostenneutral umsetzbar sein – Herr Prof. Steffens hat dazu schon Stellung genommen. Zur Umsetzung des Landeskonzepts bedarf es einer einheitlichen Personalstruktur an den Schulen, also vielfach der Verstärkung bestehender Personalstrukturen. Allein durch Stundenentlastung des zurzeit vorhandenen Personals wird das Landeskonzept nicht umsetzbar und bei der aktuellen Personalsituation und dem Fehlen von Fachpersonal für den Bereich BO den Lehrkräften in den Schulen nur schwer vermittelbar sein. Entsprechende Anreize und Signale sollten hier gegeben werden. – Vielen Dank!

Vorsitzende Renate Harant: Vielen Dank! – Jetzt hat der Senat um das Wort gebeten. – Bitte, Herr Rackles!

Staatssekretär Mark Rackles (SenBildJugWiss): Vielen Dank! – Ich bin dem letzten Beitrag dankbar, dass Sie die Verbindung zur Jugendberufsagentur hergestellt haben, denn als am 17.3.2015 dieses Konzept im Senat beschlossen wurde, das Ihnen als Drucksache vorliegt, ist eben die Jugendberufsagentur auch aufgestellt worden, und das ist sehr eng miteinander zu denken: Das eine macht ohne das andere wenig Sinn. Es ist auch nicht so, dass etwas völlig Neues vom Himmel fällt. Als Senatorin Scheeres 2011 ins Amt kam, haben wir uns ein Jahr lang angeguckt, was in diesem Feld so unterwegs ist, und festgestellt, dass das eine Unmenge an unübersichtlichen Akteuren und Projekten ist, die alle in sich gut sind, und dass jede Schule eine andere Kooperationsstruktur und eine andere Tradition hat – die einen sind exzellent unterwegs und haben schon ihre ersten Labels; die anderen haben noch nie etwas davon gehört. Die Praxis ist also ausgesprochen heterogen. Deswegen war der Gedanke, dass man zu systematisieren versucht. Da ist ganz wenig völlig Neues drin, sondern der Grundgedanke ist, die Schule zu einem Ort der Berufs- und Studienorientierung zu machen. Dabei sind alle Ak-

teure in Berlin tatsächlich sehr kooperativ – das ist eben herausgestellt worden –, weil dieses Ziel ein gemeinsames ist. Mit diesem Konsens war es möglich, dieses Konzept aufzustellen.

Die Ressourcenfrage, die gern und oft in den Vordergrund gestellt wird, kann man nicht ignorieren. Aber sie steht nicht dermaßen im Vordergrund, weil nicht wirklich Neues passiert. Wir versuchen vielmehr die Instrumente, die wir haben, zu bündeln. Sie haben die Praktika und den berufsorientierenden Kalender genannt, der neu eingeführt wird. Wir haben die frühe Ansprache oder Qualitätssiegel. Das sind verschiedene Punkte, die jetzt in verschiedene Handlungsfelder eingebunden und für alle Akteurinnen und Akteure sichtbar werden und zur Orientierung dienen. – Das ist der Grundgedanke des Konzepts, das in der Praxis in direkter Kombination mit der Jugendberufsagentur etabliert werden soll, in dem wiederum ja Ressourcen stecken. Die BSO-Teams, die wir neu bilden, werden noch in diesem Jahr qualifiziert. Es gibt natürlich jetzt noch keine Räume. Es ist aber ausdrücklich vorgesehen, dass sie in den Schulen eingerichtet werden. Die Strukturen werden langsam aufgebaut werden müssen, um diese Koordinierungs- und Sichtungsleistungen zu erbringen, die, wie ich es von allen gehört habe, in der Tendenz positiv gesehen werden.

Zur Klarstellung noch zwei Sachen: Die Gymnasien haben eine andere Tradition als die ISS. Sie haben nicht vergleichbare, aber ähnliche Schüler, die vor ähnlichen Herausforderungen stehen, und sind etwas studienlastiger als berufsorientiert. Der Anspruch an beide Schulformen ist genau derselbe, aber ehrlich gesagt war im direkten Gespräch mit den gymnasialen Vertretern auch klar, dass sie sich dem Anspruch und dem Ziel nicht verweigert haben. Sie haben nur gesagt: Leute, wir haben eine andere Traditionslinie hier! Die, die es können, können es gerne vorher machen. Aber wir brauchen ein Jahr länger, um die Verbindlichkeit, die auf Seite 28 ausdrücklich vorgesehen ist, zu erfüllen. – Das ist keine inhaltliche Differenzierung, sondern eine rein zeitliche Abschiebung, die ich für voll vertretbar halte, weil dort einfach noch nicht die Traditionen aufgebaut sind. Wir haben bei den ISS ganz andere Kollegien, die schon lange in diesen Bereichen arbeiten, teilweise, wie zitiert wurde, 40 Jahre. Wir sind dankbar, dass sich die Gymnasien auch diesem Ziel verschrieben haben, und geben ihnen ein Jahr mehr Zeit. Am Ende dieses Jahres wird es für beide Schularten identische Ansprüche geben. – Den Rest werde ich nachschieben, wenn die Fragerunde herum ist.

Vorsitzende Renate Harant: Ich habe eine lange Rednerliste, und zunächst machen wir eine Fraktionsrunde – Frau Möller beginnt.

Katrin Möller (LINKE): Herzlichen Dank an die Anzuhörenden für ihre Expertise! In der Tat deckt sich viel von dem, wie ich das Landeskonzept wahrgenommen habe, mit der Kritik, die Sie geäußert haben. – Grundsätzlich begrüßen wir es natürlich sehr, dass hier Strukturen geschaffen oder besser und transparenter gemacht werden sollen, wenn es um die Berufsorientierung und -vorbereitung geht, wenngleich ich ganz grundsätzlich zu diesem Konzept sagen muss, dass mir persönlich der Fokus, was die Arbeit mit den jungen Menschen betrifft, zu sehr auf Fachkräfteentwicklung zielt und weniger auf die individuelle Bedarfe des Einzelnen. Die individuelle Lebenslage des Einzelnen kommt mir zu kurz; alles zielt nur darauf ab, dass Fachkräfte gewonnen werden müssen – und das, obwohl die Jahrgänge, die früheingeschult wurden, in der 10. Klasse noch nicht einmal 16 Jahre alt sind. Da kommen mir solche Sachen wie ein freiwilliges soziales Jahr oder andere Möglichkeiten nach der Schule, um Zeiten zu überbrücken, bevor man sich für eine Berufsausbildung oder ein Studium entscheidet, zu wenig vor. Gleichzeitig kommt mir auch der ganze Bereich der vielen freien Träger der Berufs-

orientierung, -vorbereitung und -bildung zu wenig vor oder wird nicht verbindlich als Partner benannt. Das verstehe ich nicht ganz.

Dann habe eine Frage an den Senat: Ich habe es so verstanden, dass die Implementierung dieses Konzepts insgesamt zum Schuljahr 16/17 erfolgen soll, nicht nur an den Gymnasien. Sie haben auch die Rolle der Jugendberufsagenturen erwähnt, die neben den Schulen die Hauptumsetzer dieses Konzepts sein sollen. Sie starten im Herbst in vier Bezirken und bekommen für das Coaching an Schulen je 300 000 Euro zur Verfügung gestellt. Ich denke, dass es auch dringend notwendig ist, um hier Rahmenbedingungen zu schaffen, auch wenn es sich um vorhandene Maßnahmen und Sachen handelt, die schon länger gemacht werden. Denn gerade eine Umstrukturierung erfordert andere Rahmenbedingungen und mehr Ressourcen.

Eine Frage an die Anzuhörenden: Sie, Herr Prof. Steffens, haben schon die Rolle des Faches WAT erwähnt. Die WAT-Lehrer sind gemeinsam mit den Klassenlehrern durch dieses Konzept am meisten gefordert, erste Ansprechpartner und Umsetzer der neuen, besseren Berufsorientierung zu sein. Wie ist denn an den Berliner Schulen Ihrer Einschätzung nach die Ausstattung mit WAT-Fachkräften? Ist das ausreichend; hat jede Schule welche zur Verfügung? Wissen Sie, wie es da mit Unterrichtsausfall ist? Welchen Stellenwert hat diese Fachkraft an den Schulen? – Sie haben ja schon beschrieben, wie das Lehrpersonal im Großen und Ganzen die Aufgabe der Berufsorientierung wahrnimmt. Sie sagten, sie empfänden das als fachfremde Aufgabe und unzumutbare Mehrarbeit. Dass diese Arbeit gemacht werden muss, ist unstrittig. Aber ich sehe es ähnlich wie Sie, dass hier natürlich mehr passieren muss: mehr Fortbildung und Schulung und so weiter und so fort.

Die Rolle der Gymnasien und der Differenzierung wurde schon angesprochen – Herr Rackles hat gerade ausgeführt, dass das nicht so zu interpretieren ist. – In dem Konzept wird auch erwähnt, dass neben den Klassenlehrern und den WAT-Lehrern auch die Schulsozialarbeit eine wesentliche Rolle spielen soll. Wird denn in diesem Zusammenhang die Schulsozialarbeit an allen Schulen im Land Berlin, auch an den Gymnasien, weiterhin ausgebaut? Ist das geplant?

Eine weitere Frage: Wie werden denn nach der Arbeit der Jugendberufsagenturen und der Schulen die Übergänge in die vielen kleinen und mittleren Betriebe im Land Berlin, wo ja die Ausbildungsplätze akquiriert werden sollen, gestaltet? Ich gehe davon aus, dass nicht überall in den Betrieben das pädagogische Knowhow zur Verfügung steht, wie es zum Beispiel die 60 Prozent der jungen Menschen aus dem Bezirk Mitte brauchen, die recht orientierungslos sind und vielleicht eine intensivere sozialpädagogische Begleitung bei der Ausbildung brauchen. Das kommt in dem Konzept nicht vor. Gibt es die Möglichkeit, das auszubauen?

Des Weiteren halte ich es für sehr, sehr schwierig, dass den einzelnen Schulen auch die Aufgabe zukommt, Ausbildungsplätze zu akquirieren. Das obliegt den Schulen selbst; da gibt es dann ein schulinternes Konzept und eine Fachkraft, die dafür zuständig ist. Ich stelle es mir ziemlich kompliziert vor, wenn sich jede Schule selbst auf den Weg macht, um a) Kontakte zur Wirtschaft und den Unternehmen zu knüpfen und b) auch noch Ausbildungsplätze oder Praktika im Vorfeld zu akquirieren. Ich bin derselben Meinung wie Sie, Herr Kohlmeyer, dass da dringend eine koordinierende Stelle dazwischengeschaltet werden muss. Ansonsten ist das eine absolute Überforderung für die Schulen, die hier tatsächlich den größten Block wegtragen müssen. – Dabei will ich es erst einmal belassen. Danke schön!

Vorsitzende Renate Harant: Danke, Frau Möller! – Jetzt ist Frau Remlinger dran.

Stefanie Remlinger (GRÜNE): Vielen Dank an die Anzuhörenden und an meine Vorrednerin! Das ist wirklich ein Thema, das eine eingehende Besprechung lohnt, zumal ich glaube, dass wir so viele Aufschläge zu diesem Bereich nicht bekommen. Dass ein Landeskonzept geschrieben wird, haben wir immer sehr begrüßt, und als Grüne haben wir immer gefordert, dass das eine notwendige Ergänzung zur Jugendberufsagentur in der Schule wird. Verstehen Sie also bitte meine Fragen und Anmerkungen als konstruktive Kritik von einer, die das Thema extrem spannend findet! – Aus meiner Sicht ist das noch nicht ganz der große Wurf, und ich möchte an das anschließen, was Frau Möller gesagt hat. Ich selber bin ja über den Versuch an das Thema gekommen, die berufliche Bildung der Allgemeinbildung näher zu bringen. Frau Möller hat die Fachkräfte genannt. Ja, es geht um Fachkräfte! Es ist an der Stelle verräterisch, wo Sie sagen, es gebe gesellschaftspolitische Grundsätze, die dem Konzept zugrunde liegen. Ich mahne hier an: Es gibt keine pädagogischen Grundsätze, die dem Konzept zugrunde liegen, die aber eine Bildungsverwaltung hier einspeisen müsste und die darauf eingehen müssten, was es in der Persönlichkeits-, Lern- und Kompetenzentwicklung von Kindern und Jugendlichen heißt, zu einer Berufswahlentscheidungskompetenz zu kommen. Auch bei den Gymnasien kommt das verräterisch zu kurz: Es ist alles immer nur als Berufsorientierung in Richtung Ausbildung gedacht, auch wenn immer mal wieder angedeutet wird, dass Leute auch studieren gehen. Sie haben da völlig übersprungen, dass ganz viele Jugendliche, die Abitur machen, in Ausbildung gehen. In dem Konzept steht aber – und ich weiß gar nicht, wie ich mir das praktisch vorstellen soll –, dass an den Gymnasien die Jugendlichen beraten werden, von denen man davon ausgeht, dass sie an etwas anderes übergehen, also nicht an der Schule Abitur machen werden oder wollen. Da frage ich mich, ob man damit nicht sogar im Extremfall – um das zu überspitzen – einen erneuten Auswahlmechanismus an den Gymnasien anregt, wer denn vielleicht nach der 10. etwas anderes machen sollte.

Die Orientierung, was man im Leben macht, halten wir für eine grundsätzlich zu bearbeitende Frage für alle Jugendlichen in dieser unübersichtlichen globalen Welt. Dass die Zahl der Studienabbrecher genauso hoch ist wie die der Ausbildungsabbrecher, muss man an dieser Stelle einfach ernst nehmen, auch, dass es für eine Gymnasiastin schwierig ist zu sagen – obwohl sie zwei oder drei Jahre mehr Zeit hat –, was sie eigentlich machen will. Ich möchte also eine Weiterentwicklung einklagen. Die Frage, wie ich Orientierung in dieser Welt finde, ist eine grundlegende pädagogische Frage, und ich hätte von der Bildungsverwaltung erhofft, dass sie hier vorkommt. Dass sie nicht vorkommt, führt zu Folgeproblemen: Ich hätte das duale Lernen nicht mit Berufsorientierung in eins geworfen. Da geht es auch um die pädagogische Frage, inwieweit ich durch das Haptisch-Machen von Theorie besser lerne, unabhängig von der Berufswahl.

Das zieht sich weiter durch bei einer Engführung von Bereichen, die ich nicht nachvollziehen kann. Warum soll etwa Berufsorientierung nicht auch auf den Erzieher- oder Lehrerberuf hin orientieren? Ich will es den handelnden Akteuren überhaupt nicht ankreiden, aber die Berufsorientierung oder WAT haben eben bestimmte Berufsfelder im Blick, die eher gewerblich-technisch sind. Aber wenn jedes Kind eine Orientierungsfrage hat, dann müssten wir das gesamte Tätigkeitsfeld, das gesamte Lebensfeld der möglichen Varianten abdecken. – Das ist zumindest meine These, und da würde ich mich über eine Aussage von Ihnen freuen. Ich glaube, dass hier doch wieder durchscheint, dass es uns um die schwachen Jugendlichen geht,

bei denen wir froh sind, wenn sie einen Ausbildungsplatz bekommen. Da wollen wir nicht hin, und da will auch die Jugendberufsagentur nicht hin.

An Sie, Herr Nowack, eine Frage, weil Sie sich bundesweit damit befassen, was gute Standards der beruflichen Beratung sind: Können Sie etwas darüber sagen, was ein guter Berater, eine gute Beraterin – eine Lehrkraft, ein Sozialarbeiter oder ein Berufsberater der Arbeitsagentur – können muss? Wie muss die Begleitung einer Jugendlichen aussehen, um ihr wirklich signifikant in der Entscheidungskompetenz voranzuhelfen zu können?

Herr Kohlmeyer, Sie haben schon ein paar Zahlen genannt. Über wie viele Jugendliche sprechen wir eigentlich, die uns bis jetzt verloren gehen? Inwieweit können Sie aus der Kenntnis der Stadt sagen: Muss man nicht eine Unterscheidung zwischen Schulen treffen, die mehr Ressourcen als andere brauchen? Welche Ressourcen braucht man an besonders schwierigen Schulen? Wie stellen Sie sich beide eine einheitliche Struktur der BSO-Teams vor? Wer sollte den Hut wofür aufhaben und wer kann was? Was sollten wir unseren Lehrkräften zumuten und was nicht? Ich möchte nicht, dass sich die Lehrkräfte zu Berufsberatern fortbilden müssen, und das ist, glaube ich, auch nicht Sinn der Übung.

Noch eine wichtige Frage: Ich bin sehr froh, dass hier Inklusion verankert ist. Ich bin froh, dass hier auch die Geschlechterfrage verankert ist und wir sie mitdenken müssen. Mich würde aber auch interessieren, weil Sie von BQN kommen: Inwieweit muss der interkulturelle Kontext durch eine spezielle Ansprache sowohl an die Jugendlichen und die Familien als auch an die Betriebe berücksichtigt werden? Sie haben ja auch Erfahrung in der Frage, wie ich Betriebe interkulturell öffne. Was brauchen die eigentlich, um zueinanderzukommen? – So weit erst einmal; vielen Dank!

Vorsitzende Renate Harant: Danke, Frau Remlinger! – Herr Kowalewski ist der Nächste.

Simon Kowalewski (PIRATEN): Vielen Dank! – Ich kann hier gleich bei der Kollegin Remlinger anknüpfen, denn meine erste Frage wäre auch gewesen, wie denn die verschiedenen Diversity-Dimensionen – eben Flucht, Migrationshintergrund, aber auch Behinderung, sexuelle Orientierung usw. – im Landeskonzept berücksichtigt werden und speziell, wie Diskriminierungserfahrungen in die Berufsorientierungscurricula einfließen, zum Beispiel, wenn es um anonymisierte Bewerbungsverfahren geht. Dann wird auf den Seiten 10 bis 12 des Konzepts die Gender-Gerechtigkeit als Ziel definiert. Aber es wird nicht ausgeführt, wie das eigentlich umgesetzt werden soll. Die Frage ist also: Wie sollen Geschlechterstereotype durch dieses Konzept vermieden oder überwunden werden? – Dann ist auf Seite 10 noch zu lesen, dass die Schülerinnen und Schüler bis zum Ende der 10. Klasse eine Anschlussperspektive erhalten sollen. Für behinderte Schülerinnen und Schüler können jedoch auch andere Zeitabläufe sinnvoll sein. – Was sind da bitte „andere Zeitabläufe“? Warum ist das so, und was heißt das dann?

Letztlich ist zu lesen, dass die Erziehungsberechtigten und ihre berufliche Biographie in das Landeskonzept BSO einbezogen werden sollen – das ist das Handlungsfeld 4.2. Da ist natürlich die Frage, wie das datenschutzrechtlich überhaupt geht: Informationen über Eltern gehen Lehrerinnen und Lehrer oder Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter in allererster Linie nichts an, die letzteren vielleicht noch gerade so. Aber die Frage ist, ob es nicht eigentlich das Ziel sein sollte, die Jugendlichen von der Familie und ihrer Berufstradition zu lösen, damit sie ih-

ren eigenen Weg gehen können, sodass vielleicht mal ein Arbeiterkind studiert oder ein Akademikerkind auf die Idee kommt, dass ein Handwerk etwas Schönes sein könnte. Oder geht es hier darum, die seit Jahrhunderten tradierten familiären Berufstraditionen zu perpetuieren?

Auf Seite 15 steht, dass in jeder Schule ein BSO-Büro eingerichtet werden soll. Wir haben aber jetzt nicht sehr viel davon gehört, dass in den Schulen ein Überangebot an Räumen besteht. Es gibt ja durchaus auch Schulen, die zu wenige Räume haben, und da ist natürlich die Frage, wie denn dieses Büro auch noch eingerichtet werden soll. Soll dann der Hausmeister auf eine Besenkammer verzichten oder fällt der Computerraum weg?

Natürlich gibt es bei allem, worüber wir hier sprechen, die Frage: Woher kommt das Geld? – Bei der Jugendberufsagentur zum Beispiel haben wir jetzt Zahlen: 1,6 Millionen 2015 und 5 Millionen 2016. Auch da ist völlig unklar, wo das Geld herkommt – im Nachtragshaushalt haben wir es nicht gesehen, und auch bei der laufenden Haushaltswirtschaft wissen wir nicht, wo wir die Mittel noch abzwacken könnten. Wo soll also das Geld herkommen, um das Landkonzept BSO umzusetzen? – Vielen Dank!

Vorsitzende Renate Harant: Jetzt ist Frau Bentele dran – bitte!

Hildegard Bentele (CDU): Ich denke auch, dass es ein guter Zeitpunkt ist, das Konzept jetzt zu diskutieren – zwischen Jugendberufsagentur und Rahmenlehrplänen passt das sehr gut. Ich möchte mich auch auf die Rahmenbedingungen fokussieren, wie wir das Konzept gut umsetzen können. Herr Prof. Steffen hat schon bisschen die Rahmenbedingungen an der Universität herausgestellt, und eine Dreiviertel-Professorenstelle und zwei bis drei Lehraufträge zur Lehrerbildung – ich bin keine Wissenschaftspolitikerin, aber das scheint mir doch etwas wenig. – In dem Konzept steht etwas über Koordinatoren, die es an jeder Schule geben soll, von BSO-Büros usw. An den ISS ist das über WAT schon in den Lehrplan aufgenommen, wobei hierzu zu sagen ist, Herr Wellenreuther, dass selbst an den ISS WAT zugunsten der zweiten Fremdsprache abgewählt werden kann. Also, auch da ist das Leitfach nicht immer so gegeben, wie man sich das wünscht. Die große Frage stellt sich dann an den Gymnasien: Wer soll diese Zusatzaufgabe übernehmen? Der Klassenlehrer? – Das ist mir zu unklar definiert. Dann müsste es auch etwa eine Stundenreduktion geben, um eine klare Verantwortung dafür zu schaffen, wer das an den Gymnasien leisten soll. – Dann interessiert mich noch: An der Oberstufe gibt es „Studium und Beruf“ als Wahlkurs. Wie viele Gymnasien machen das schon, und wie verpflichtend ist die Teilnahme? Wie gestaltet sich da die Kooperation mit den Universitäten? – Auch da soll es Vorreiter geben, dass zum Beispiel an Gymnasien Dozenten eingeladen werden und Vorlesungen halten. Aber da interessiert mich erst einmal die Realität an den Schulen.

Dann noch eine Frage: Es gibt jetzt schon ein Netzwerk an freien Trägern, die Bewerbungstraining usw. anbieten. Das ist ein gar nicht unerheblicher Bereich, in den viel Geld fließt und mit dem die Lehrer entlastet werden sollen, indem sie sich ein Angebot buchen. Mich interessiert: Gibt es hierzu eine Evaluation, und wie sollen diese Träger in der Zukunft in das Konzept einbezogen werden? Wird jetzt mehr auf die Lehrer, auf die Schule verlagert – was hier auch anklang –, oder gibt es diesen Zwischenbereich weiterhin? – Das ist in mir in diesem Konzept noch nicht ganz klar. Ich wäre sehr dankbar, wenn die Anzuhörenden oder der Senat hierzu ein paar Informationen geben könnten.

Vorsitzende Renate Harant: Von der SPD ist jetzt Herr Oberg dran.

Lars Oberg (SPD): Danke schön! – Aus unserer Sicht ist es wichtig, dass es ein übergreifendes Konzept gibt, das die vielen verschiedenen Aktivitäten zusammenbindet, auf eine gemeinsame Grundlage stellt und auch die Berufs- und Studienorientierung zusammen denkt, denn die beiden Dinge hängen natürlich eng miteinander zusammen. Wir sind zwar der Bildungsausschuss, aber hier sitzt doch der eine Wissenschaftspolitiker oder die andere Wissenschaftspolitikerin, und deshalb muss man diese Studienorientierung gleichermaßen im Blick haben. Ich möchte hier gleich darauf eingehen, was Frau Remlinger zu den Studienabbrecherzahlen gesagt hat: Ich wäre immer vorsichtig, diese Zahl zum Maßstab zu erheben, weil sie wenig über die dahinter stehende bunte Wirklichkeit aussagt. Ein kleines Beispiel: Wenn sich jemand in Berlin an der TU und an der HU bewirbt, aber eigentlich viel lieber an die HU will, im ersten Zugangsverfahren aber an der TU und dann als Nachrücker an der HU aufgenommen wird, dann bricht er nach zwei Wochen sein Studium an der TU ab, um sofort an der HU weiterzumachen. Der ist in der Statistik ein Studienabbrecher. – Das zeigt, dass uns solche Zahlen, die sehr einfach sind und sagen: so und so hoch sind die Abbrecherzahlen, immer skeptisch machen müssen. Aus meiner Sicht ist sogar die Entscheidung zum Abbruch eine Kompetenz, die gefördert werden sollte, zumindest im Bereich des Studiums, und meine Frage ist, ob man das aus dem wissenschaftspolitischen Bereich in den bildungspolitischen Bereich übertragen kann. Denn die Fähigkeit zu erkennen, dass die Dinge nicht so sind, wie man sie erwartet hat, und was man selbst auf seinem Weg fortsetzen kann, ist zu einem frühen Zeitpunkt, gerade beim Studium – und da kenne ich mich ein bisschen aus – sehr hilfreich. Die Frage ist also, ob eine solche Kompetenz auch Jugendlichen vermittelt werden sollte, die auf dem Weg zu einer beruflichen Qualifizierung sind, und wenn ja, wie man das auf geeignete Weise machen kann. Das Abbrechen ist in der Regel ja stark mit dem Phänomen des Scheiterns stigmatisiert, aber manchmal ist es einfach die richtige Entscheidung, Dinge zu beenden, die nichts taugen oder nicht das Richtige für einen sind.

Uns ist wichtig, dass hier Strukturen geschaffen werden sollen, und ich mag nicht in den Chor einstimmen, der Strukturen, die noch geschaffen werden sollen, dafür kritisiert, dass es sie noch nicht gibt, denn es wohnt den Strukturen ja inne, dass sie erst noch geschaffen werden sollen. Da ist meine Frage an den Senat: Welche Ressourcen sollen die Schulen bekommen, um das umzusetzen? Einfach so wird es ja nicht gehen, und es müssten schon irgendwelche Ermäßigungstatbestände – Stunden, was auch immer – als konkrete Unterlegung da sein. Gibt es die schon?

Ein letzter Punkt zu den Elternbiographien: Ich finde diesen Ansatz sehr sinnvoll. Ich finde es auch sehr richtig, das zu tun, und zwar nicht, weil ich glaube, dass man damit ein Arbeiterkind als Arbeiter perpetuiert, sondern weil man ein Kind, das aus einem Elternhaus ohne akademische Vorerfahrung kommt, natürlich anders ansprechen muss, wenn man es in die akademisierte Bildungswelt hineinbringen möchte. Ebenso ist es hilfreich zu wissen, wenn man eine Familie mit langjähriger Arbeitslosigkeitserfahrung hat, wie man dieses Kind oder diesen Jugendlichen auf eine andere Art und Weise an die alltägliche Berufswelt heranführt, weil es das ggf. zu Hause nie gelernt und erlebt hat, wie das im Alltag stattfindet. Deswegen empfinde ich das nicht als Stigmatisierung und Perpetuierung, sondern als einen Teil einer am Individuum ansetzenden Förderung, die immer zum Ziel hat, maximale Unterstützung und Orientierung zu bieten, die am Ende zu einem Qualifizierungs- und Bildungserfolg führt. Das ist nämlich das Ziel, um das es hier geht. Wir schauen auch nicht in erster Linie aus der Perspek-

tive der Wirtschaft darauf, die Fachkräfte sucht, sondern aus der Perspektive des Individuums, dem wir zum Lebensglück, zur Emanzipation, zur eigenständigen Entscheidung, zum eigenen Einkommen verhelfen wollen, um an dieser Gesellschaft, die nun einmal eine Erwerbsgesellschaft ist, teilhaben zu können. – Das ist unsere Zielstellung und die Perspektive, aus der wir auf dieses Thema schauen.

Vorsitzende Renate Harant: Danke, Herr Oberg! – Das war die Fraktionsrunde. Ich habe jetzt aber noch vier Namen auf der Rednerliste. Ich denke, das sind eher kürzere Beiträge, und schlage vor, sie noch dazuzunehmen und dann in die Antwortrunde zu gehen. – Frau Kittler bitte!

Regina Kittler (LINKE): Danke! – Ich habe zu WAT vor kurzem eine Anfrage an den Senat gerichtet und dabei unter anderem nach dem fachgerecht erteilten Unterricht gefragt. Dabei kam heraus, dass der WAT-Unterricht in den Berliner Bezirken zu 18 bis 72 Prozent nicht fachgerecht erteilt wird. Ich habe auch die Frage gestellt, wie der Senat diese Situation verändern will. Sie haben da ein paar Sachen aufgezählt, die aber allgemein für alle Mangelfächer gelten. Ich frage also hier noch einmal gezielt: Wie wollen Sie diese Situation in den Berliner Schulen verändern? – Und im Zusammenhang mit WAT möchte ich auch fragen, warum dieses Fach nicht auch an den Gymnasien eingerichtet wird. – Das erschließt sich mir nicht, und diese Frage geht natürlich an den Senat.

Zu den Studienplatzkapazitäten und die Verstärkung für die Ausbildung an der TU möchte ich wissen, was der Senat hier vorhat. Ich würde eine Veränderung hier dringend unterstützen. – Dann befriedigt mich überhaupt nicht, wenn Sie, Herr Rackles, sagen, für die Jugendberufsagenturen seien ja Ressourcen vorgesehen. Ich möchte genau wissen, welche zusätzlichen Ressourcen in die Schulen kommen, und zwar in jede Schule – an Schulsozialarbeit, an Räumen, an Personal und auch an Sachmitteln. – Herrn Wellenreuther möchte ich fragen – Sie kommen ja aus der Praxis: Wie sieht es mit Materialien für den Unterricht aus? Gibt es genügend? Erarbeiten die Schulen die sich selbst? Gibt es Material, das den Schulen zur Verfügung gestellt wird?

Außerdem gibt es für mich die Frage nach den Koordinatoren. Die haben zwar eine Aufgabenbeschreibung bekommen. Sind dafür aber genügend Fachkräfte ausgebildet? Das betrifft natürlich wieder die Frage nach dem zusätzlichen Personal an den Schulen. – Auf Seite 7 beziehen Sie sich auf den Begriff der Ausbildungsreife. Wie bewerten Sie, die Anzuhörenden, diesen Begriff? In welches Verhältnis stellen Sie diesen Begriff zum Begriff der Betriebsreife? Ich habe nämlich von Unternehmen gehört, dass der Abschluss nicht gleichzeitig eine Betriebsreife darstellt. Welche zusätzliche Unterstützung wäre hier wünschenswert?

Dann würde ich gern von den Anzuhörenden wissen, ob sie nicht auch in diesem Papier eine gewisse Verwertungslogik in der Ausrichtung erkennen, und mich Katrin Möller mit der Frage anschließen, ob die Ausbildung die einzige Ausrichtung sein muss und hier nicht auch andere Wege und Möglichkeiten aufgezeigt werden müssten. Ansonsten möchte ich in diesem Zusammenhang noch wissen, wie Sie zu dem Begriff der Ausbildungsgarantie stehen.

Was mir im Papier fehlt, sind besondere Angebote für Geflüchtete. Ist der Senat dabei, in dieser Richtung noch etwas zu erarbeiten? – Dann möchte ich vom Senat noch wissen, mit wem dieses Papier, das ja in der ersten Fassung im Juli vorigen Jahres vorlag, beraten wurde. Wer

ist in die Beratungen einbezogen worden? Bis auf die zu begrüßende Veränderung bei der Einarbeitung der inklusiven Bildung ist viel Kritik schon im vorigen Jahr geäußert worden, aber ich finde sie im neuen Papier nicht wieder.

Was die freien Träger angeht, so habe ich vielfach aus den Bezirken gehört, dass man dabei sei – Herr Rackles, Sie haben ja die Jugendberufsagentur ins Spiel gebracht –, bewährte Strukturen und die Zusammenarbeit von Schulen und Trägern zu zerschlagen. Wie sehen das die Anzuhörenden? Ist Ihnen das bekannt? – Die Meinung des Senats dazu interessiert mich natürlich auch.

Vorsitzende Renate Harant: Danke, Frau Kittler! – Jetzt darf ich mich kurz dazu äußern: Wie wichtig die Berufsorientierung für Jugendliche ist, habe ich heute im Ausschuss für Arbeit gehört, in dem ich vertretungsweise anwesend war. Da wurden die neuesten Zahlen genannt, und die Abbruchzahlen bei Ausbildungen sind in Berlin so, dass jede dritte Ausbildung abgebrochen wird. Das ist bundesweiter Rekord; bundesweit wird jede vierte Ausbildung abgebrochen. Allein das spricht Bände, und wir haben hier wirklich Handlungsbedarf. Allerdings kann die Berufsorientierung in der Schule, von der wir hier sprechen, nur ein Baustein sein. Sie ist wichtig, und wir haben ja die Jugendberufsagenturen in Aussicht, auch etliche Projekte, zum Beispiel „Ausbildung in Sicht“, wo man sich genau um die Jugendlichen kümmert, die besondere Schwierigkeiten haben.

Was soll die Berufsorientierung leisten? – In der Schule kann sie nur über Berufe informieren – das bitte aber in einer großen Bandbreite, also nicht bloß über ein paar allgemein bekannte Berufe. Dann könnte sie noch die Erprobung im Betrieb in Form von Praktika leisten. Also Information und Erprobung. Aber ich denke, das hat Grenzen, denn man kann nur ein oder vielleicht zwei Praktika machen. Man kann nicht alle Berufe erproben und hat nur eine kleine Auswahl. Da ist vielleicht das größte Problem – zumindest nach dem, was man so mitkriegt; mein Sohn war auch einmal in einem Praktikum –, dass sie häufig nicht gezielt ausgewählt und vergeben werden, sondern nach dem Verlegenheitsmotto: Ich kenne da jemand, da kannst du mal hingehen. – Die Eltern kennen jemanden, und der Lehrer hat vielleicht etwas an der Hand. Aber eine gezielte Geschichte, wie heute in den Beiträgen schon gefordert, ein individueller, genau auf dieses Kind zugeschnittener Praktikumsplatz – das halte ich für außerordentlich schwierig. – Wenn das nicht so ist, würde ich das gern von Ihnen hören. Und: Wie kann man genau an diesem Punkt die Geschichte verbessern? – Ich denke, hier krankt es vor allem, und wenn wir noch mehr Praktika wollen, wie es jetzt so ankommt, aber momentan nicht einmal in der Lage sind, vernünftige Praktika für alle Kinder zu finden, dann frage ich mich, wie das letztlich funktionieren soll.

Als Letzte habe ich noch Frau Remlinger.

Stefanie Remlinger (GRÜNE): Vielen Dank! – Herr Oberg! Sie haben mich dazu gereizt, mich noch einmal zu melden, und zwar wegen Ihrer Anmerkungen zu den Studienabbrechern. Grundsätzlich sind wir nicht weit auseinander, aber es ist wert, dass wir versuchen, das zu sortieren. Glück für alle, Selbstbestimmung, Emanzipation – absolut! Aber wenn Sie sagen, bei den Studienabbrechern seien eben auch solche, die die Uni wechselten, oder dass es auch eine Kompetenz sein könne, für sich zu entscheiden, dass das nichts für einen sei, dann sage ich zweierlei: „Das ist nichts für mich“ – wir versuchen ja gerade, früher herauszufinden, ob etwas was für mich ist. Warum muss das erst im zweiten Studienjahr stattfinden und nicht

früher? – Ich sage sogar: Abbruchkompetenz? Meinetwegen! Aber dann bitte auch bei den Ausbildungen!

Bei Ausbildungsabbrüchen ist es völlig richtig, Frau Harant, dass ein Drittel viel ist. Aber da sagt keiner dazu, dass die Hälfte dieser Abbrüche unternehmensbedingt ist. Ein hoher Anteil ist dadurch bedingt, dass die Unternehmen in der Zeit Pleite machen oder umstrukturieren oder es sonstige Gründe gibt. Es sind nicht nur die Jugendlichen, die da problematisch sind. Ich will sagen: Lassen Sie uns das bitte nicht konsequent als zwei getrennte Universen mit völlig verschiedenen Jugendlichen behandeln! Alle haben eben irgendwann eine Orientierungsfrage, eine Lebenswegfrage zu treffen. Lassen sie uns konsequent die Gleichordnung durchhalten, die auch der europäische Qualifikationsrahmen einfordert – wo Deutschland sich immer noch querstellt –, dass die berufliche und die akademische Bildung gleich gewertet sind! Wir sollten also nicht sagen, dass der, der eine Ausbildung abbricht, ein Problemjugendlicher ist, aber der, der ein Studium abbricht, schlau ist, weil er etwas Besseres macht. Man könnte es übrigens so weit treiben, dass man sagt, Studienorientierung ist Berufsorientierung. Warum muss man das überhaupt begrifflich unterscheiden? – Das ist einfach ein Berufsorientierungskonzept.

Da ich mich schon gemeldet habe, habe ich auch noch eine Frage an Prof. Steffens: Ich bin noch nicht so lange im Geschäft, dass ich die Historie der Arbeitslehre und von WAT so gut kenne. Können Sie mir historisch einordnen, wie das als Fach mit diesem Zuschnitt entstanden ist? Frau Bentele hat ja die Rahmenlehrpläne erwähnt, und ich frage mich, ob es nicht Zeit wäre, den nächsten Schritt in der Disziplindefinition zu machen. Mir scheinen WAT, Wirtschaft – das als Schulfach bundesweit diskutiert wird –, das im Rahmenlehrplan verankerte übergreifende Feld „Nachhaltige Entwicklung im globalen Kontext“, das alle Schulen machen sollen, und die Verbraucherbildung konzeptionell verbindbar, um dann ein kohärentes Fach hinzubekommen, dass der Orientierung in der Wirtschaftswelt dient. Was ist denn Verbraucherbildung anderes als zu sagen, ich bin auch Akteurin in der Wirtschaftswelt, im globalen Kontext? – Und das alles, wenn es nach uns Grünen geht, natürlich nachhaltig gedacht. – Das ist jetzt ein bisschen eine utopische Provokation, aber Ihre Meinung dazu würde mich interessieren, denn ich denke auch, dass wir im Moment unsere Schulen überfordern, indem wir ja in den neuen Rahmenlehrplänen zwölf verschiedene übergreifende Themen haben – Themen, die eigentlich miteinander verwandt sind, aber separat nebeneinander stehen. Sie werden den Schulen übergeworfen – das müsst ihr machen! –, und mich würde interessieren, ob es wert wäre, hier eine Weiterentwicklung anzugehen. – Vielen Dank!

Vorsitzende Renate Harant: Danke, Frau Remlinger! – Dann gehen wir in die Antwortrunde, und ich schlage vor, andersherum zu verfahren und bei Herrn Nowack anzufangen. – Bitte schön!

Stefan Nowack (Arbeit und Bildung e. V.): Vielen Dank für Ihre Fragen! Ich bin das Konzept vor allem in den ersten Kapiteln gerade noch einmal durchgegangen und vermisse tatsächlich – das ist mir am Anfang auch bei mehrmaligem Lesen gar nicht aufgefallen – den Grundsatz der Freiheit der Berufswahl. Er wird hier nicht genannt, aber die Freiheit der Berufswahl ist ein Verfassungsrecht und der Grundsatz jeder Art von Berufsorientierung, um Jugendliche zu befähigen, eine Entscheidung auf einer Grundlage zu treffen, die nicht immer unbedingt arbeitsmarktorientiert ist, sondern sich grundsätzlich an ihren Eignungen und Neigungen orientiert. – Diese manchmal schon antiquiert klingenden Begriffe haben eine hohe

Bedeutung, und der Grundsatz beruflicher Beratung ist immer anliegenorientiert: Beraterinnen und Berater haben den Grundsatz, im Auftrag der Ratsuchenden zu arbeiten und die Ideen und Vorstellungen der Jugendlichen einzubeziehen. Die werden natürlich im schulischen und familiären und in anderen Kontexten gebildet.

Was die Kompetenzen von Beraterinnen und Beratern betrifft, so kann ich Ihnen bloß einmal das Grundsätzliche nennen: ergebnisoffen, methodisch, intensive Kenntnis von Qualifizierung im dualen und im Studienkontext. Hierzu gibt es eine Berliner Vorlage; Berlin hat sich im Auftrag der Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen ein eigenes Beratungskonzept gegeben, das über die KOS GmbH publiziert wird. Und dann gibt es über das Forum Beratung Qualitätsstandards, die im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung erarbeitet wurden. Das können Sie über „forum-beratung.de“ abrufen. Auch hat der Deutsche Verband für Bildungs- und Berufsberatung Grundsätze über Beratung und Beratungskompetenzen formuliert, die unter „dvv-fachverband.de“ abgerufen werden können.

Noch einmal zu den Gymnasien: Vielleicht passiert es auch in Ihrem unmittelbaren Umfeld, dass Eltern sagen: Mensch, das haben wir alles gar nicht! Warum haben denn unsere Kinder das nicht? – Selbst ehemalige Gymnasiasten – ich gehöre auch dazu – beklagen, dass sie keine Berufsorientierung gehabt haben, noch nicht einmal eine Betreuung durch die Bundesagentur für Arbeit. – Es ist also in diesem Kontext ganz wichtig, wenn eine Jugendberufsagentur eingerichtet wird, dass die Gymnasien berücksichtigt werden. Es geht nicht, dass Gymnasien hier immer wieder von vorneherein konzeptionell ausgeschlossen werden. Das folgt traditionellen Gesichtspunkten, die einfach nicht mehr zeitgemäß sind, auch was die Qualifizierungsentwicklung angeht.

Zur Frage der Ausbildungsreife: Hier könnte man sich größere Ausführungen vorstellen; ich will Ihnen aber aus beraterischer Sicht nur kurz etwas dazu sagen: Jugendliche sollten in der Lage sein, eine Entscheidung zu treffen, und das ist wirklich vom Alter abhängig. Jugendliche im Alter zwischen 14 und 16 – und damit muss man einfach leben – sind ausgesprochen wankelmütig, auch darüber hinaus. Das ist einfach die Herausforderung, mit der wir uns auseinandersetzen müssen. Abhängig vom Alter ist es später auch verfestigter Art, aber wir arbeiten ja auch mit sehr anspruchsvollen Begriffen wie „lebenslanges Lernen“. Ich will auch daran erinnern, dass mehr als 70 Prozent aller heute beruflich Tätigen nicht mehr in ihrer Ausgangsqualifikation tätig sind. Berufliche Qualifikation bedeutet ja erst einmal, eine Grundlage ins Erwerbsleben hinein zu schaffen, und da sollten wir die Ausbildungsreife und vor allem das, was heute über Reife diskutiert wird, etwas lockerer angehen. Ich erinnere nur daran, dass unsere jungen Leute heute sehr stark verunsichert sind, weil sich die ältere Generation wie eine Übermacht darstellt – in den 70er Jahren war das anders – und sich über die Ausbildungsreife derart Gedanken macht, dass sich die Jugendlichen degradiert fühlen. Wir müssen sie vielmehr ermutigen, und das ist wesentlich für die Berufsorientierung. – Vielen Dank!

Vorsitzende Renate Harant: Danke, Herr Nowack! – Bitte, Herr Kohlmeier!

Klaus Kohlmeier (BQN Berlin): Die Diskussion hat gezeigt, dass das ein ziemlich komplexes Thema ist. Mir raucht der Kopf, und ich habe tausend Fragen, die ich beantworten soll. Ich gehe einmal der Reihe nach vor; ich habe acht Punkte. Aber ich biete auch an, das auf anderthalb DIN-A-4-Seiten herunterzuschreiben. Das wäre mir auch lieb, denn die Diskussion wirft so viele Fragen auf, und ich glaube, wir kriegen das hier nicht gebacken.

Grundsätzlich schlage ich vor zu gucken, wie man das Landeskonzept zur Studien- und Berufsorientierung umsetzen kann, wobei man den Fokus auf die Klassen 7 bis 10 und den Aufbau einer präventiven Struktur setzen sollte. Wir haben das große Problem, dass nach der 10. Klasse Arbeitslosigkeit entsteht, und sie entsteht schon früher, in den 7., 8., 9., 10. Klassen – deswegen hier eine präventive, stabile Struktur, in die man richtig investiert, damit die Jugendlichen nicht der Wirtschaft zugeführt werden, sondern hier sollte man einen emanzipativen Ansatz verfolgen. Sie müssen kompetent werden, selbst zu entscheiden. Das ist der einzige Punkt. Auch bei Studienorientierung und Studienabbruchkompetenz ist der entscheidende Punkt: Man macht Erfahrungen und entscheidet dann um – das ist völlig okay. Aber das kann man nur, wenn man kompetent ist, und Kompetenz kann man nur dort erlangen, wo man darüber entscheiden muss. Genau da brauchen wir eine Grundstruktur, eine Vernetzung, eine Infrastruktur, die jede Schule haben muss. Mein beruflicher Erfolg darf nicht davon abhängen, an welcher Schule ich bin. – Das wäre der erste Punkt: eine stabile Grundstruktur jetzt aufbauen, die die Jugendarbeitslosigkeit und Perspektivlosigkeit bekämpft und Fehlallokationen vermeidet.

Der zweite Punkt: Es braucht an jeder Schule eine starke Koordinierung – wie sollte es sonst anders laufen? Jeder Schüler hat ein Recht auf eine gute Perspektive. Deswegen ist das Matching ein ganz entscheidender Punkt. – Zu der Frage, wie viele Berufsfelder eine Schule vorhalten muss, kann ich nur sagen, dass es eine Berliner Vereinbarung gibt, in der steht, dass jede Schule einen Partnerbetrieb bekommt. Wenn man 100 Schüler pro Jahrgang mit Berufsorientierung versorgen will, dann braucht man die ganze Palette. Es ist super, dass hier vier Berufsfeldgruppen drinstehen. Das kann man noch erweitern, das verbietet ja keiner. Aber eine gute Berufsorientierung hängt davon ab, dass ich sagen kann, dass ich entweder im Gesundheitsbereich oder in Büro und Verwaltung arbeiten will. Wenn ich sage, weil meine Schule nur Karstadt hat, muss ich jetzt zu Karstadt – das geht gar nicht. Da entwickelt sich keine Kompetenz. Die Kompetenz ist das A und O. Wir brauchen eine Stadt voller kompetenter Leute, die am Ende der 10. Klasse sagen: Ich will das und das machen. – Nur so kommen wir weiter, und das ist auch ein pädagogischer Anspruch.

Zu den Größenordnungen: Es gibt in Mitte zehn Schulen mit etwa 100 Schulabgängern pro Schule, und pro Schule sind es im Schnitt sechs Schüler, die in Ausbildung gehen, und drei, die in schulische Ausbildung gehen. Es gibt Schulen, wo es noch schlechter aussieht, die sich an bestimmten Standorten konzentrieren. Man muss vermeiden, dass sich Perspektivlosigkeit an Standorten konzentriert. – Es wurde die Frage aufgerufen, wie sich Benachteiligung reproduziert: 30 Prozent der Schülerinnen und Schüler kommen aus Haushalten, die Sozialhilfe beziehen, und das reproduziert sich. Deswegen muss man das durchbrechen, und das geht nur über eine gute Berufsorientierung, die vom Sozialstatus unabhängig ist. Mein Vorschlag, was die auszuwählenden Schulen angeht, wäre, dass dort zu machen, wo die Übergänge unter 10 Prozent sind, wo sich unter den Jugendlichen sozusagen schleichend eine Erfahrung weiterträgt, dass wir als Migrantenkinder zum Beispiel – und das ist ein ganz starkes Phänomen – es hier an dieser Schule nicht schaffen und uns dann von der Gesellschaft abwenden. – Das muss man vermeiden, und dort, wo die Übergänge so gering sind, müssen die besten Betriebe mit den besten Praktika hin. Nur so kann man sie abholen. Um die Betriebsferne zu durchbrechen, die auch durch das Elternhaus verursacht wird – weil eben die Eltern keine Arbeit haben und keine Erfahrung über Erwerbsarbeit transferieren –, braucht es gute Betriebe, die ihnen eine Chance geben. Wir haben es einmal ausgerechnet: Es gibt 28 ISS, wo der Anteil mit Lernmittelbefreiung über 60 Prozent liegt. Diese Schulen würde ich in den Fokus nehmen. Da sind 60

bis 70 Prozent, die desorientiert sind, und die muss man für die Suche nach einer Perspektive gewinnen. Das hat natürlich einen interkulturellen Aspekt, weil sich gerade im Übergang von Schule und Beruf Weichenstellungen ergeben, die stark mit Zugängen zusammenhängen: Es gibt Mitarbeiterkinder – Mikis – und Kundenkinder – Kukis. Praktisch neigt die interne Betriebsstruktur dazu, sich zu bei der Auswahl der Azubis zu reproduzieren. Deswegen müssen sich Betriebe erstens an die Schulen mit hohem Migrantanteil wenden und sagen: Wir wollen euch! – Zweitens müssen sie Zugänge schaffen und auch Ausbildungsplätze vergeben. Drittens müssen sie sich interkulturell öffnen und ausrichten. – Das ist ein komplizierter Prozess, und will das erst einmal so stehen lassen.

Zur Ausbildungsreife: Meiner Ansicht nach ist dieser Begriff sehr umstritten, weil er so etwas Biologisches hat. Ich würde viel stärker bei den Kompetenzen ansetzen, und es geht nur Schritt für Schritt – ich habe es schon gesagt –, diese Kompetenzen aufzubauen, und nur mit einer guten Infrastruktur, wo jeder Jugendliche sich individuell sozusagen einen Entwicklungskanal bilden kann.

Zur Ausbildungsgarantie: Wenn man sie hat und aussprechen kann, ist das super. Das hilft ungemein. Man sieht es in Hamburg, die das haben. Das setzt natürlich voraus, dass man Ausbildungsplätze in ausreichendem Maße hat. Wir haben in Berlin 15 000 ungeforderte Ausbildungsplätze und 30 000 Schulabgänger jedes Jahr, wobei man sagen muss, dass jeder zweite Schüler nach der 10. Klasse das Abitur verfolgt. Nur 15 000 Schüler gehen also nach der 10. Klasse ab und machen kein Abitur. Aber von denen gehen nur 2 500 in Ausbildung. Unter den 18 000 neueingestellten Auszubildenden sind jedes Jahr also nur 2 500 Schulabgänger. Wenn wir es in Berlin schaffen, nächstes Jahr auf 3 000 und dann auf 4 000 zu kommen, wären wir gut dabei. Das setzt aber Investitionen voraus, und ich möchte mich hier Herrn Nowack anschließen, der gesagt hat, dass man da noch einmal ranmuss und sagen muss, welche Angebote man dafür braucht. – Das muss dann auch finanziert werden, aber dafür bin ich nicht zuständig.

Vorsitzende Renate Harant: Vielen Dank, Herr Kohlmeyer! – Herr Wellenreuther bitte!

Paul Wellenreuther (GEW): Ich kann mich im ersten Punkt Herrn Kohlmeyer nur anschließen: Mir schwirrt der Kopf, mir raucht der Kopf, und ich fühle mich in der Forderung bestätigt, dass wir den gemeinsamen Austausch und auch die Zeit brauchen, dieses Papier mit den Praktikern vorab, bevor es eingeführt wird, zu besprechen, um gemeinsam Wege zu entwickeln, die möglich sind. Wenn ich in die Diskussion mit dem Betrieb gehe, dann schickt er mir acht Wochen vor dem Praktikum die Unterlagen, hat aber leider vergessen, dass ich sechs Wochen davon in den Ferien bin. – Das sind Dinge, die praktisch passieren.

Wie sieht es grundsätzlich aus, wenn ich Themen wie dieses Konzept habe? – Wenn ich das mit anderen Schulen diskutiere, dann gibt es Schulen, die das Konzept vielleicht aus der Hauptschule haben, weil sie eine Fusionsschule waren. Die setzen sich hin und sagen: Die ersten zehn Punkte mit den Anforderungen sind klar, die machen wir sowieso schon! – Dann gibt es die Schule mit gymnasialer Oberstufe, da ist die Französischlehrerin mit zwei Stunden in der Klasse, ist aber Klassenlehrerin und sagt: Wie soll ich bitte schön meine Schüler beraten? Ich kenne die ja gar nicht, und wann mache ich Französisch? Französisch ist maßgeblich für den Abschluss! – Da ist aus unserer Sicht eine Schwierigkeit: Das duale Lernen bietet viele Möglichkeiten, aber es gibt keine Ausstattung, um dieses Fach mit den anderen Fächern zu

verknüpfen. Wenn ich zum Englischlehrer gehe und sage: Mach einen Inhalt aus dem dualen Lernen! – Dann sagt der: Was ist, wenn der Schüler durch die Prüfung fällt? Ich habe doch die Anforderungen aus dem Rahmenplan! – Da muss man also irgendwie nachbessern. Übrigens gibt es zwar im neuen Rahmenplan zu WAT den Hinweis, dass WAT Leitfach für duales Lernen ist, auch den Hinweis auf das Papier, aber keine konkrete Ausstattung und keine konkreten Hinweise, wie das gemacht werden muss.

Zu der Frage nach dem Qualitätssiegel: Wir als Schule haben dieses Qualitätssiegel bekommen, weil wir den Schülern allgemein Angebote machen, wo wir fragen, was die Schüler interessiert. Im 7. Schuljahr haben sie die Möglichkeit zum sozialen Lernen. Da unterrichten Schüler Schüler. Da gibt es Quartalskurse mit interkulturellen Lerninhalten. Duales Lernen bietet viele Möglichkeiten. In der einen Schule gibt es diesen Geist, in der anderen nicht. Entsprechend schwierig wird sich die Umsetzung gestalten. Unser Prinzip ist: Wir sondern niemanden aus. Wir versuchen, die Interessen der Schüler zu finden, und machen entsprechende Angebote. Wichtig – auch für mich – ist, dass wir Berufsorientierung und die Tätigkeit in den Werkstätten – was ja auch irgendwie eine Berufsvorbereitung und im WAT-Rahmenplan vorgesehen ist – doppelt ausstatten müssen. Ich kann nicht mit 24 Schülern in eine Werkstatt gehen, das geht nicht. Aber ein Teil dieser praktischen Tätigkeit gibt den Schülern auch eine Entscheidungshilfe, wo es hingehen kann und was ich gar nicht mag. Wenn ich mit Holz überhaupt nicht umgehen will und kann, dann brauche ich mich nicht in diese Richtung zu entwickeln, dann suche ich andere Gebiete.

Das Gleiche gilt aus meiner Sicht für die Berufsorientierung, die in 9 und 10 vorgesehen ist: Das muss in der Regel im Tandem von Klassenlehrer und WAT-Lehrer stattfinden. Diese Ausstattung gibt es nicht an allen Schulen, und da fühlen sich die Kollegen tatsächlich an vielen Schulen überfordert. Aber auch da muss es Fortbildung geben. Auch die BSO-Teams müssen aus meiner Sicht eine gemeinsame Fortbildung erhalten. Es geht nicht, dass die Kollegen von der Arbeitsagentur eine Fortbildung bekommen und der Kollege aus der Schule und der vom Oberstufenzentrum eine, und die gehen nicht zusammen. Es muss zusammenpassen, und wir haben ein ganz gutes Beispiel bei der Einführung der Schulsozialarbeit gehabt: Da haben sich Tandems gebildet, und die haben gemeinsame Fortbildungen gehabt. Da gibt es super Konzepte, und das funktioniert auch, weil die sich am Ende aufeinanderzubewegen und das gemeinsam bilden. – Das halten wir also für wichtig.

Zur Abwahlmöglichkeit von WAT: In 9 und 10 kann man WAT auf eine Stunde reduzieren, wobei dann vorgegeben ist, dass diese eine Stunde für das Praktikum zu verwenden ist. An den Integrierten Sekundarschulen ohne gymnasiale Oberstufe ist das in der Regel nicht der Fall. Wir sind froh, dass wir diese zwei Stunden haben. Wir würden uns, wie gesagt, wünschen, dass es für das Fach überall dort, wo praktische Angebote gemacht werden, eine zusätzliche Ausstattung gibt. Da wird gesagt: Das könnt ihr haben; wir haben ja die Profilstunden! – Diese Profilstunden können wir aber aus unserer Sicht nicht für WAT verwenden, weil die Eltern und Schüler natürlich dieses Profil verwenden wollen, um die prüfungsrelevanten Fächer zu stärken. Wenn ich von Englisch oder von Mathematik etwas wegnehme – wo es ganz große Lücken gibt; das ist ein ganz schwieriges Fach für unsere Schüler – und ein Profil „Berufliche Bildung“ mache, dann habe ich die Eltern nicht auf meiner Seite. Man muss da zusätzliche Wege gehen. Dass es im Austausch geht, zeigt zum Beispiel das elektronische Anmeldesystem für die Oberstufenzentren: Da gab es diesen Austausch zwischen der Praxis und der Senatsverwaltung, und dieses System ist so vereinfacht worden, dass man sagen kann,

es ist unter bestimmten Bedingungen leistbar, und vorher haben die Kollegen gesagt, das gehe gar nicht. – Es ist also zu vereinfachen, und deshalb darf man nicht immer sagen, was man alles nicht will, sondern wir müssen das auf eine praktikable Ebene bringen.

Zu den Unterrichtsmaterialien: Es gibt welche von unterschiedlichen Organisationen, zum Beispiel die Seite „Wege zum Beruf“ von der Senatsverwaltung. Dann gibt es „Oberstufenzentrum.de“ und Materialien zum beruflichen Übergang. Das Problem ist, dass die Oberstufenzentren und die Seiten nicht abgestimmt sind, das heißt, man findet da noch Bezeichnungen, und immer, wenn ich denke, jetzt habe ich es verstanden, dann werde ich in der Praxis bei der Anmeldung an den Oberstufenzentren scheitern, weil noch alte Begrifflichkeiten vorhanden sind. Die Kooperation von Oberstufenzentren und Sekundarschulen muss also auch dahingehend stattfinden, dass die Bedürfnisse beim Übergang dargestellt werden. Ein Angebot, das auf der Seite der Oberstufenzentren zur Berufsorientierung existiert, ist jetzt noch im Schulversuch, soll aber ins Regelangebot übergehen: Das ist das Angebot IBA. Es bietet den Schülern an den Oberstufenzentren die Möglichkeit, weiter die Schule zu besuchen, aber mit dem Fokus auf beruflicher Eingliederung. Es gibt dort einen ganz großen Praxisanteil, und die Schüler haben die Möglichkeit, die Schule sofort abzubrechen, falls sie einen Ausbildungsplatz bekommen. Aus unserer Sicht müsste es da auch die Chance geben, die Schule dann zu wechseln, wenn man feststellt, dass die Fachrichtung nicht die richtige ist. Es ist ja dann nicht sinnvoll, ein Jahr in der gleichen Schule zu bleiben, sondern das OSZ zu wechseln. Dann wäre das ein sehr gutes Instrument, um sich auszuprobieren.

Es gibt den Vorschlag der GEW, die 11jährige Schulpflicht wieder einzuführen. Auch bei der Datensicherheit könnte man neu überlegen. Aber das ist nicht abschließend diskutiert, weil es sicherlich Dinge gibt, die dagegen sprechen. – Ich höre jetzt einfach mal auf.

Vorsitzende Renate Harant: Dann hat Prof. Steffens die Möglichkeit – bitte schön!

Prof. Heiko Steffens (TU Berlin): Frau Vorsitzende! Ich hoffe, dass ich etwa anderthalb Stunden Zeit habe, um die Geschichte der Arbeitslehre in allen Details darzustellen.

Vorsitzende Renate Harant: Ich hoffe, nicht!

Prof. Heiko Steffens (TU Berlin): Gut! Dann werde ich mich kurzfassen. Aber ich muss trotzdem auf diese Frage eingehen, weil sie von allgemeinem Interesse ist. – Zunächst möchte ich auf den Begriff der „Ausbildungsreife“ eingehen: Das ist ein Begriff, der Anfang der 80er Jahre von den Unternehmensverbänden in die Diskussion eingebracht wurde, um noch stärker zu fokussieren, was eigentlich damit gemeint ist. Pädagogisch ist das ein höchst problematischer Begriff, weil er Studium, Selbständigkeit und viele andere Dinge ausschließt. Wir haben pädagogisch immer nur von der „Berufswahlreife“ gesprochen, wonach die Schülerinnen und Schüler in der Lage sind, einen Beruf zu wählen – welchen, spielt keine Rolle – und erst einmal für sich selbst zu entscheiden. Das trifft vieles, was auch hier gesagt worden ist. Die Freiheit der Berufswahl war überhaupt die oberste Norm für den Berufswahlunterricht. Der wurde später durch ein Gutachten der Bundesanstalt für Arbeit in „Berufsorientierung“ umgetauft. Die Arbeitslehre selbst wurde 1967 durch den „Deutschen Ausschuss für das Erziehungs- und Bildungswesen“ kreiert. Da ging es um eine Hinführung zur Arbeits- und Wirtschaftswelt. Die Schüler sollten aus der Perspektive – wörtlich – „der abhängig Beschäftigten und der Verbraucher“ in die Wirtschaftswelt eingeführt werden. Dazu gehörte Werkstattunterricht von

Schülern und Schülerinnen; das war das erste Fach, das eine echte Koedukation durchsetzte: Schüler sollten auch in der Küche arbeiten, und die Mädchen arbeiteten auch in den Metall- und Holzwerkstätten mit. Das hat einen emanzipatorischen Anstoß gegeben. Auch gab es eine Öffnung nach außen: einmal durch die Einführung der Projektmethode, die die dominante Methode war, um Dinge im Zusammenhang zu sehen und in der Werkstatt gemeinsam zu bearbeiten, und die Betriebserkundungen oder Betriebspraktika auf der anderen Seite. Bei den Betriebspraktika gab es immer die Frage, ob man ein Kontrastpraktikum einführen sollte, also zuerst ein Praktikum, das der Schüler oder die Schülerin aus Neigung selbst wählt, und ein Kontrastpraktikum, das etwas ganz anderes zeigt, damit man in der Lage ist, das abzuwägen. – Das waren die Hauptentwicklungslinien der Arbeitslehre. Die Besonderheit von Berlin war, dass es ein integratives Konzept war. In anderen Bundesländern wie Nordrhein-Westfalen gab es eine Dreiteilung in Wirtschaftslehre, technisches Werken und Haushaltslehre. Das war ein ganz anderes Konzept, wo von vorne herein diese Dreiteilung, die wir jetzt bei WAT wieder mit drin haben, schon institutionell verankert war. – Das ist in kurzen Worten die Entstehungsgeschichte; Betriebserkundungen gab es immer schon.

Ich komme zu der Frage mit den Fachfremden: Das ist in der Tat ein großes Problem, weil wir, als wir ursprünglich in Berlin angetreten sind, mindestens zehn Professuren hatten – um es konservativ auszudrücken. Inzwischen sind es nur noch drei: eine für Technik, eine für Ökonomie und eine für Fachdidaktik. Was ich gesagt habe und Frau Bentele wiederholt hat: Diese Dreiviertelstelle ist keine Professur, sondern eine wissenschaftliche Mitarbeiterin mit einem befristeten Vertrag. Dann die Lehraufträge nebenbei – das ist eben die Situation, wie sie mittlerweile an den Hochschulen ist. Deshalb sind ich und das Fach sehr daran interessiert, dass wir von Ihnen in diesem Konzept ausdrücklich genannt werden. Das wäre für uns eine bildungspolitische Unterstützung und gleichzeitig eine Legitimation dafür, dass wir bei den Verhandlungen innerhalb der Hochschule und auch nach außen darauf hinweisen können, dass wir in diesem Verbund als gleichwertige Partner anerkannt sind. Denn bisher sieht es so aus, als hätte man die Lehrerausbildung dabei vergessen. – Das war mein Statement. Ich habe sicher einige Fragen ausgelassen, aber ich hatte keine Zeit, um das alles zu beantworten.

Vorsitzende Renate Harant: Es ist unmöglich, dass jeder alle Fragen beantwortet, das sehe ich ein. – Sie wollten ergänzen, Herr Wellenreuther.

Paul Wellenreuther (GEW): Noch etwas, was mir ganz wichtig ist, was ich aber vergessen habe: Tatsächlich ist an den Schulen der Wunsch, das Abitur zu machen, so stark vorherrschend gegenüber einer Berufsausbildung, dass man kaum dagegen ankommt. Ich habe Schülerinnen, die haben selbst die Berufsbildungsreife in der 9. Klasse nicht bestanden, aber auf den Zeugnissen steht: Bei gleichbleibender Leistung ist der MSA möglich. – Die melden sich für die MSA-Prüfung an, obwohl sie viel schwieriger ist und wir versuchen, ihnen Wege aufzuzeigen, dass sie auf weiterführenden Schulen mit kleinen Umwegen und mehr Zeit diese ganzen Abschlüsse noch machen und über berufsausbildende einjährige Fachschulen jede Fachschulreife bekommen können. Es ist der Wunsch der Eltern und der Wunsch der Schüler: Ich mache Abitur. – Es ist eine ganz wichtige gesellschaftliche Aufgabe, dass Berufe und Abschlüsse wieder aufgewertet und Perspektiven akzeptiert werden, wie man, vielleicht über Umwege, doch an Ziele kommt.

Vorsitzende Renate Harant: Jetzt hat Herr Rackles noch einmal die Möglichkeit, zu den ganzen Fragen Stellung zu nehmen, die an ihn gerichtet wurden. Vielleicht können wir dann den Punkt auch abschließen – ich habe keine weiteren Wortmeldungen mehr.

Staatssekretär Mark Rackles (SenBildJugWiss): Ich hoffe, ich generiere keine weiteren Wortmeldungen. – Zur Fachkräftefixierung, die hier kritisiert worden ist, und zu den fehlenden Hinweisen und Bekenntnissen zur Freiheit der Berufswahl: Die deutsche Verfassung, die Berliner Verfassung und das Berliner Schulgesetz gelten trotz des Konzepts weiter. Das Schulgesetz mit seiner Verpflichtung, eine runde Persönlichkeit zu entwickeln, gilt grundsätzlich. Dieses Konzept für die Berufs- und Studienorientierung gibt nur gewisse koordinierende und strukturierende Linien vor und stärkt die Koordinierung am Lernort Schule. Wir haben das demokratische Lernen, das soziale Lernen, das politische Lernen – alles parallel. Aber dieses Konzept für die Berufs- und Studienorientierung, zu der es auch eine Verankerung im Schulgesetz gibt, dockt da an, ohne dass andere Sachen ausgeschlossen werden. – Auch der Umgang mit Flüchtlingen, Frau Kittler: Das Konzept ist darauf ausgerichtet, über Jahrgänge hinweg, praktisch also nachhaltig, diese Berufs- und Studienorientierung zu entwickeln. Das enthebt uns natürlich nicht davon, zu überlegen – und das machen wir auch, indem sich die OSZ dankenswerterweise im Moment öffnen –, wie wir Jugendliche mit Flüchtlingshintergrund einbinden und so gut es geht vor dem Hintergrund der unsicheren Status zu qualifizieren versuchen. Aber das ist ein anderes Feld als das, das wir gerade diskutieren, wo wir versuchen, die Grundstruktur des Schulsystems im Bereich BSO zu optimieren.

Frau Möller! Die Implementierung ist nicht 2016/17 vorgesehen, sondern soll schon 15/16 laufen. Aber wir haben die Ausnahme, ein Jahr später, für die Gymnasien – darüber haben wir vorhin gesprochen. Die Jugendsozialarbeit soll grundsätzlich ausgebaut werden. Ich glaube, dazu gab es Konsens. Im letzten Jahr gab es eine heftige Debatte dazu bei den Kürzungen der Bundesmittel. Aber wir sind in den Haushaltsberatungen und können keine Vorfestlegung treffen. Wir werben für eine Stärkung, und wenn sie kommt, würde sie auch die Gymnasien umfassen. Wie die aber aussieht – hier können wir noch keine Vorfestlegung treffen. – Dass die Schulen mit der Ausbildungsplatzsuche überfordert wären, ist eine These, die neben den Fakten liegt, die auch im Dokument nachlesbar sind: Die Lehrkräfte und die Teams vor Ort sind bei der Begleitung vorgesehen, nicht bei der Suche. Das ist abgestuft: Ein Koordinator, der die Beratung mit den Menschen von der Agentur und mit Leuten aus den OSZ macht, kann mit seinen Kontakten natürlich etwas gezielter vielleicht auch einmal vermittelnd tätig sein. Das ist aber nicht sein Hauptjob. Es geht darum, die Begleitung zu organisieren.

Es bleibt dabei, dass die Wirtschaft nach wie vor aufgerufen ist, Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen. Es bleibt auch dabei, dass es immer noch so etwas wie eine Restverantwortung von Eltern und Schülern gibt, sich manchmal selbst auf den Weg zu machen und einen Ausbildungsplatz in den Blick zu nehmen. Aber es ist jetzt nicht die neue Aufgabe der Schule, einen Ausbildungsplatz für die Schülerinnen und Schüler zu organisieren.

Frau Remlinger! Dass es noch nicht der große Wurf sei – da kann ich nur das schöne Wort „institutionenpolitisches Meisterwerk“ zitieren, das vorhin fiel. In der Bildungspolitik gibt es nie den großen Wurf, und man kann alles zerreden. Wir sind hier schrittweise und iterativ im Rahmen eines Konzepts dabei, voranzugehen, und der Wunsch, mehr Zeit zu haben, taucht inzwischen bei allen Konzepten der Bildungsverwaltung auf. Wir legen etwas vor, das über ein Jahr abgestimmt wurde. Das setzt ein paar Rahmen und koordiniert, ist aber völlig offen

dafür, was die Schule macht und welche Instrumente sie wählt. Verpflichtend ist vorgegeben, dass man eine Maßnahme an der ISS oder am Gymnasium und ein Angebot im Bereich duale Ausbildung an der ISS macht. Welches konkret, mit wem, wie – da gibt es eine hohe Flexibilität, die wir, glaube ich, auch brauchen, weil die Problemlagen vor Ort und die Schülerschaften der ISS speziell völlig unterschiedlich sind. Auch die Kollegien sind unterschiedlich motiviert und haben unterschiedliche Stände. Deswegen ist das ein Konzept, das daran ansetzt, dass man es dezentral und vor Ort weiterentwickeln und ausfüllen kann. Wenn Sie eine Schule mit vielen Kindern mit einem Behindertenstatus haben – was vorhin angesprochen wurde –, dann ist die Frage, ob man zehn Ansprechpartner hat oder einen, eine ganz praktische. Ich würde sofort sagen, es macht Sinn, das zu organisieren. Das kann man künftig über die Jugendberufsagentur besser machen als bisher, und das muss man als konkretes Arbeitsfeld jetzt in den Blick nehmen. Das widerspricht überhaupt nicht der Anlage des Konzepts. Man muss es jetzt eben in der Praxis tatsächlich umsetzen. Wenn wir das noch einmal ein Jahr ventilieren, kommen wir aus meiner Sicht keinen qualitativen Schritt weiter, der das rechtfertigen würde, sondern es gibt einen hohen Konsens – was sich vorhin auch gezeigt hat –, der jetzt in der Praxis mit den konkreten Maßnahmen gefüllt werden muss, die auf dem Tisch liegen.

Zur Frage der Räume: Das heißt nicht immer, dass man einen 60-Quadratmeter-Raum braucht, der durchgängig für die Teams zur Verfügung steht. Das kann man zum Teil auch in Teilung machen. Natürlich ist es eng – darauf haben die Piraten hingewiesen –, aber einen Raum für die stundenweise Beratung wird es definitiv immer geben, und man kann das zum Teil auch mit Strukturen wie der Schulsozialarbeit koppeln, die vor Ort ist. Da gibt es, glaube ich, kreative Möglichkeiten. Die Situation der Schulen ist sehr unterschiedlich, und da gibt es kein einheitliches Konzept. Grundsätzlich wollen wir, dass es einen geschützten Raum gibt, wo diese Beratung stattfinden kann, und das werden wir zusammen mit den Bezirken auch leisten können.

Frau Bentele! Die Evaluation der Träger findet als Trägerevaluation nicht unmittelbar statt. Dafür sind es viel zu viele. Bei der Förderung, die wir, aber auch viele andere ausreichen, ist ja das jeweilige Projekt immer aufgerufen, sich in unterschiedlichen Abstufungen zu evaluieren und zu rechtfertigen. Wir evaluieren das Konzept – so steht es auch drin – einmal im Jahr mit den Partnern, und in dem Zusammenhang wird man sich immer und immer wieder die großen Träger kritisch anschauen. Bei den Gymnasien haben wir zum Beispiel BOB, die mit einer hohen Expertise gezielt die Berufs- und Studienberatung an den Gymnasien machen. Die kann man sich zum Beispiel mit zwei, drei anderen gezielt anschauen: Wie läuft die Arbeit? Was ist gut? Was passt ins Konzept, was nicht? – Dann kann man der Beauftragung nachsteuern. Umgekehrt muss man bei anderen Trägern vielleicht einmal feststellen, das läuft nicht rund. Das ist eine Sache, die im Rahmen der normalen Mittelbewirtschaftung der verschiedenen Träger erfolgen soll. Wir haben mit dem Konzept jetzt immerhin eine Folie, anhand derer man Sachen bewerten kann.

Die Ressourcen hat Herr Oberg nachgefragt: Es ist so, dass wir Ressourcen hineingeben. Das deckt sich allerdings, wie gesagt, mit den Maßnahmen der parallel zu sehenden Jugendberufsagentur. Am Ende wird jede Schule sechs Stunden für die Koordinierung bekommen, zuzüglich für die ISS sechs Stunden für eine Lehrkraft an der Oberstufe, und dazu kommt von der Agentur eine Person, die nicht aus unserem Etat kommt. Die werden auch gemeinsam geschult – das war vorhin eine Bitte –, und das wird über Mittel der Agenturen gehen, weil die es ähnlich sehen, wie eben gefordert, dass sie natürlich in diesen Teams aus der gleichen Lo-

gik beraten sollen. Das wird über die Ressourcen der Agenturen gewährleistet und läuft ab September konkret an.

Kapazitäten der TUB: Ich habe mit Erstaunen zur Kenntnis genommen, dass die TUB hier selbst von einer Dreiviertelstelle spricht. Auf die Schnelle kann ich das nicht klären. Mir sind persönlich dreieinhalb Hochschullehrer bekannt, die in dem Bereich arbeiten. Ich habe mir eben aus Spaß die Website des Instituts für Berufliche Bildung und Arbeitslehre angeschaut – da stehen vier Hochschulprofs. – Das müssen wir klären! Ich glaube, es ist ein bisschen mehr als eine Dreiviertelstelle, aber da, wo die Lehramtsstudenten ausgebildet werden, sind ein paar weitere Profs unterwegs; das muss man ja in der Gänze sehen. Im Übrigen ist das eine Sache der Hochschulautonomie, und wir können da nicht ohne Weiteres sagen: Hier mal eben acht Profs!

WAT an den Gymnasien, Frau Kittler: Da erwarten wir immer gern Vorschläge, welche Stunden auf der Stundentafel zurückgeschnitten werden sollen, damit wir WAT an den Gymnasien einrichten können. Wir haben in G 8 eine hohe Verdichtung, und ernsthafte Vorschläge, wie wir das entzerren können, sind mir nicht bekannt. Es wäre wünschenswert, aber im Rahmen dessen, was wir machen, ist das Konzept eben der Versuch, auf der gegebenen Stundentafel die entsprechenden Ansprüche zu formulieren. An den Gymnasien wird, glaube ich, mit diesem Konzept das Beste herausgeholt, was auf der Basis der bestehenden Stundentafel gemacht werden kann. Dieses neue Fach können Sie nur einrichten, wenn Sie irgendwo herauskürzen, und ich würde jederzeit mit Dank den Hinweis entgegennehmen, wo Sie herauskürzen wollen.

Die Koordinatoren werden ausgebildet – das war eine Frage. Auf die Flüchtlinge bin ich kurz eingegangen. Das Papier wurde langjährig beraten und auch überarbeitet. Ob jedes Monitum übernommen wurde, weiß ich nicht. Ich habe nur die politische Debatte mit den Kammern und den Gewerkschaften verfolgt. Die großen Punkte wurden eingearbeitet. Nochmals: Das ist ein Konzept, das weiterentwickelt werden kann. Wenn wir gemeinsam feststellen, dass etwas drin ist, was bisher fehlte, dann wird es gern nachgereicht. Es muss sich in der Praxis bewähren. Es stehen ja nur die Ziele fest, und anhand der Ziele wird man eben die Maßnahmen bewerten können.

Herr Nowack, die Gymnasien sind in der Jugendberufsagentur nicht ausgeschlossen. Ich bitte Sie, noch einmal das Konzept anzugucken! Der Anspruch ist da – es geht um das Kind und den Jugendlichen. Die Gymnasien sind voll erfasst, und das können Sie ab jetzt voll vertreten – Sie beraten ja auch.

Vorsitzende Renate Harant: Eine Bemerkung, Herr Nowack!

Stefan Nowack (Arbeit und Bildung e. V.): Aus der Erfahrung heraus: Nur das, was man den Schulen näherbringt, geht in das Bewusstsein ein. Das ist der ausschlaggebende Punkt. Solange das nicht so klar formuliert ist, kommt das Signal nicht so rüber. Gymnasium und Jugendberufsagentur müssen noch besonders sensibilisiert werden.

Vorsitzende Renate Harant: Eine weitere Bemerkung, Herr Prof. Steffens!

Prof. Heiko Steffens (TU Berlin): Nur die Aufklärung eines Missverständnisses: Wenn ich so verstanden worden bin, dass der ganze WAT-Komplex nur von einer Dreiviertelstelle vertreten wird, dann bin ich absolut missverstanden worden. Wir sprechen hier von Berufsorientierung, und dafür haben wir eine Stelle „Arbeit und Beruf“, die das im Wesentlichen macht – das ist eine Dreiviertelstelle.

Vorsitzende Renate Harant: Danke, dann ist das klargestellt! – Inzwischen liegen wieder Wortmeldungen vor. Ich bitte die Fragenden, klar zu sagen, wem sie die Frage stellen möchten! – Frau Kittler!

Regina Kittler (LINKE): Meine Frage geht an Herrn Rackles: Warum haben Sie sich nicht mit Ihren Brandenburger Kolleginnen und Kollegen beraten, bei denen durchaus WAT im Gymnasium drinsteht? Bei uns steht es nicht drin. Die werden also einen Weg gefunden haben.

Vorsitzende Renate Harant: Frau Remlinger!

Stefanie Remlinger (GRÜNE): Ich wollte nur darum bitten, dass wir das Angebot von Herrn Kohlmeyer annehmen, dass er eine schriftliche Ergänzung macht. – Ansonsten könnte ich noch viel diskutieren, lasse es aber für heute.

Vorsitzende Renate Harant: Ich habe es schon notiert, dass wir von Ihnen, Herr Kohlmeyer, eine kurze Zusammenfassung von eineinhalb Seiten über die Dinge bekommen, die Sie uns gern mitgeben möchten. – Dann gab es noch die Frage an Herrn Staatssekretär Rackles.

Staatssekretär Mark Rackles (SenBildJugWiss): Wir sind zwar eine Bildungsregion, Frau Kittler, aber wir haben unterschiedliche Nuancen, auch bei der Studentafel. Das ist bekannt. Bei den Rahmenlehrplänen war es Geschichte und Politische Bildung, wo Sie leichte Nuancen feststellen können, auch bei NaWi. Es gibt verschiedene kleine Unterschiede, und einer der kleinen Unterschiede ist eben WAT. Da der Status quo so ist, müssten wir in Berlin etwas herausnehmen, egal, mit wem wir reden, da können wir auch mit Brandenburg reden. Aber die Entscheidung, etwas herauszunehmen, ist unsere als Berliner Verwaltung. Da fehlt mir einfach ein Konsens. Auch die Entscheidung, etwas draufzulegen, fehlt mir angesichts des Drucks, der insgesamt wahrnehmbar ist, schlicht. Da müssen wir nicht mit Brandenburg sprechen. Wenn man am grünen Tisch eine neue Studentafel entwickeln würde, könnte man das machen. Aber Sie kennen ja die Bildungspraxis: Aus dem Status quo etwas herauszunehmen, halte ich im Moment nicht für realistisch. Da brauchen wir mit Brandenburg gar nicht erst zu sprechen. Wir haben mit Brandenburg im Rahmen der Rahmenlehrpläne gesprochen, da ist es mit hineingenommen worden – aus unserer Sicht heraus, aber auch, weil Brandenburg sehr offen war. Alles andere wären Berliner Schlussfolgerungen, wo Sie als Parlament gern sagen können, wie wir WAT ins Gymnasium einbinden. Aber das geht nur unter Streichung einer Stunde aus der Studentafel, und das sehen wir nicht.

Vorsitzende Renate Harant: Danke, Herr Rackles! – Dann sind wir bei diesem Tagesordnungspunkt zunächst einmal am Ende. Das Wortprotokoll wird erstellt und Ihnen vorgelegt, und dann gehen wir in die Bewertung des Themas. Wie anspruchsvoll das war, haben wir von Ihnen gehört, als Sie von rauchenden Köpfen und davon gesprochen haben, dass Ihnen der Kopf schwirrt. Das geht uns Abgeordneten manchmal ähnlich! Das ist wirklich ein an-

spruchsvolles Thema, und wir befassen uns noch einmal damit. – Wir bedanken uns sehr für die Informationen, die Sie uns gegeben haben, und natürlich auch für die Zeit, die Sie uns zur Verfügung gestellt haben!

Punkt 3 der Tagesordnung

- a) Antrag der Piratenfraktion [0162](#)
Drucksache 17/1177 [BildJugFam](#)
**Keine Geschlechterdifferenzen in Lehrplänen
reproduzieren – Lehrplankommission einsetzen und
Rahmenlehrpläne ändern**
- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0261](#)
**Neugestaltung der Rahmenlehrpläne in Berlin und
Brandenburg** [BildJugFam](#)
(auf Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der
CDU)
- c) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0301](#)
**Inklusive Revolution im Unterricht!? Schwerpunkte
und Umsetzung der neuen Rahmenlehrpläne** [BildJugFam](#)
1) (auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)
- d) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0302](#)
**Neu- und Weiterentwicklung der Rahmenlehrpläne:
Berlin braucht ein eigenständiges Schulfach
Politische Bildung** [BildJugFam](#)
(auf Antrag der Piratenfraktion)
- e) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0308](#)
**Neuer Rahmenlehrplan für Berlin und
Brandenburg:** [BildJugFam](#)
**- Ziele und deren Umsetzung in der vorliegenden
Fassung**
**- Schlussfolgerungen und Handlungsbedarf sowie
Zeitplan aus und nach der aktuellen Diskussion**
(auf Antrag der Fraktion Die Linke)
- f) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0313](#)
**Entwurf der neuen Rahmenlehrpläne für Berlin-
Brandenburg** [BildJugFam](#)
(auf Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der
CDU)

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 4 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU
Drucksache 17/1967
Präsenztag verpflichtend als Fortbildungstag festlegen

[0279](#)
BildJugFam(f)
InnSichO

Vertagt.

Punkt 5 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.